ECONSTOR

WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Sauerland, Dirk

Working Paper

Zur Beziehung von Akzeptanz, Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft

Diskussionspapiere, Wirtschaftwissenschaftliche Fakultät, Universität Witten, Herdecke, No. 23/2011

Provided in cooperation with:
Universität Witten/Herdecke

Suggested citation: Sauerland, Dirk (2012) : Zur Beziehung von Akzeptanz, Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, Diskussionspapiere, Wirtschaftwissenschaftliche Fakultät, Universität Witten, Herdecke, No. 23/2011, http://hdl.handle.net/10419/58245

Nutzungsbedingungen:
Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter
→ http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:
The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at
→ *http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen*
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

discussion papers
Fakultät für Wirtschaftswissenschaft
Universität Witten/Herdecke
Neue Serie 2010 ff.
Nr. 23 / 2012

Zur Beziehung von Akzeptanz, Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft

Dirk Sauerland

discussion papers
Fakultät für Wirtschaftswissenschaft
Universität Witten/Herdecke
www.uni-wh.de/wirtschaft/discussion-papers

Adresse der Verfasser:
Dirk Sauerland
Lehrstuhl für Institutionenökonomik und
Gesundheitssystemmanagement
Universität Witten/Herdecke
Alfred-Herrhausen-Str. 50
58448 Witten
dirk.sauerland@uni-wh.de

Für den Inhalt der Papiere sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Zur Beziehung von Akzeptanz, Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft

von Dirk Sauerland, Universität Witten/Herdecke

Inhalt

A. Vorbemerkungen ... 1
B. Zum Begriff der Akzeptanz ... 2
I. Mögliche Ursachen von Akzeptanz ... 3
II. Ausprägungen von Akzeptanz ... 6
C. Zur Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft ... 7
I. Theoretische Akzeptanz: Ordnungstheorie und Konsens ... 7
II. Empirische Akzeptanz – genauer betrachtet ... 10
1. Zur affektiven Einstellungsakzeptanz ... 10
2. Zur kognitiven Einstellungsakzeptanz ... 14
3. Zur Handlungsakzeptanz ... 17
4. Zwischenfazit ... 21
D. Gerechtigkeit als Ursache von Akzeptanz ... 22
I. Die ordnungstheoretische Perspektive ... 22
II. Die Erkenntnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung ... 24
E. Zusammenfassung und Ausblick ... 29
I. Leistungsfähigkeit als Folge – und Ursache – von Akzeptanz? ... 29
II. Ansatzpunkte zur Erhöhung von Akzeptanz ... 31
III. Eine Analogie: Marktwirtschaft und Demokratie ... 33
F. Literatur ... 34
Anhang: Verwendete Daten ... 38

A. Vorbemerkungen [1]

„Soziale Marktwirtschaft:
akzeptiertes Modell mit Funktionsschwächen“

Infratest dimap 2012, S. 9

So lautet die Teil-Überschrift in einer Umfrage zur politischen Stimmung, die im Februar 2012 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind interessant: Nur 49 Prozent der Befragten geben an, mit der Wirtschaftsordnung in Deutschland „alles in allem“ zufrieden bzw. sehr zufrieden zu sein, 50 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden.[2] Das Modell „Soziale Marktwirtschaft“ wird bei Infratest dimap von 65 Prozent der Befragten als das Beste für die Bundesrepublik Deutschland angesehen, und 67 Prozent der Befragten sehen die soziale Marktwirtschaft als maßgeblich für die derzeit gute wirtschaftliche Lage an. Jedoch weisen ihr 52 Prozent der Befragten die Verantwortung für die Ungerechtigkeit in Deutschland zu.

Kurz gefasst zeigt die aktuelle Stimmungslage, dass eine knappe Mehrheit der Deutschen die Gerechtigkeit der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellt; demgegenüber stehen eine anerkannt hohe Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft im ökonomischen Bereich und eine hohe generelle Wertschätzung („bestes Modell“). Diese Wertschätzung spiegelt sich auch in den aktuellen, von *Allensbach* (2012) erhobenen Befragungswerten wider. Danach haben aktuell 43 Prozent der Deutschen eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft und nur 27 Prozent eine schlechte.

Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Umfragen ist die Fragestellung des vorliegenden Beitrags dreiteilig. Zunächst geht es um die Frage, was wir über die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft eigentlich wissen – und wie die empirisch ermittelte Akzeptanz sich zur theoretisch begründbaren verhält. In einem zweiten Schritt soll analysiert werden, welche Rolle die (wahrgenommenen) Gerechtigkeit als Determinante der Akzeptanz spielt. Auch hier gibt es eine wirtschaftstheoretische Perspektive und eine empirische. In der Zusammenfassung werden Akzeptanz bzw. Gerechtigkeit der Leistungsfähigkeit der sozialen

[1] Ich danke den Mitgliedern des wirtschaftspolitischen Ausschusses für hilfreiche Hinweise während der Diskussion im Anschluss an den Vortrag. Ansgar Wübker danke ich für seine Kommentare vor dem Vortrag. Sollten Fehler verblieben sein, sind diese mir zuzurechnen.

[2] Die von Allensbach ermittelten Werte werden die im Folgenden weiter genutzt, da sie zum einen als längere Zeitreihe vorliegen und zum anderen auch in einer Studie des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWT genutzt wurden. Vgl. *WissBeirat* (2009).

Marktwirtschaft gegenübergestellt und ihre mögliche Interdependenz diskutiert – auch anhand von empirischen Daten.

Die systematische Analyse der möglichen Ursachen der Akzeptanz einer Wirtschaftsordnung ist notwendig, um mögliche (wirtschafts-)politische Ansatzpunkte und Transmissionsmechanismen zur Verbesserung der Akzeptanz der Wirtschaftsordnung zu finden. Der Ausblick beinhaltet daher Hinweise auf solche Ansatzpunkte Diese zu finden ist insbesondere dann sinnvoll, wenn die Akzeptanz die Leistungsfähigkeit bzw. Stabilität der Wirtschaftsordnung beeinflusst.

B. Zum Begriff der Akzeptanz

> „Im gesamt-gesellschaftlichen Kontext bezeichnet das Akzeptanzproblem die Annahme bzw. die Verweigerungsstrategien sozialer Gruppen in bezug auf politische, gesellschaftliche und andere öffentliche Thematiken. […] Im einzel-gesellschaftlichen Kontext bezieht sich ‚Akzeptanz', […] auf ‚Anerkennung', ‚Zustimmung', ‚Befürwortung' und ‚Bestätigung' vorrangig in bezug zu Einstellungen oder Meinungsäußerungen jeweiliger Mitmenschen."
>
> *Kollmann (1998, S. 38f.)*

Der Begriff der Akzeptanz wird in den Sozialwissenschaften verbreitet genutzt (vgl. etwa *Quiring* 2006). So wird etwa in der sozialwissenschaftlichen Akzeptanzforschung untersucht, warum Innovationen (in Märkten) von den potentiellen Nutzern akzeptiert werden oder nicht (*Reichwald* 1982, S. 36).

Ziel dieser Untersuchungen ist es, aus der Nutzerperspektive die Gründe für die *empirische Akzeptanz* bereits in den Markt eingeführter Innovation (retrospektiv) oder gerade in der Entwicklung befindlicher Innovationen (prospektiv) zu ermitteln.[3] Diese Überlegungen lassen sich auch auf die Akzeptanz bereits bestehender Wirtschaftsordnungen (retrospektiv) übertragen und auf geplante Reformen (prospektiv). Die „Nutzer" dieser Ordnungen sind die Bürger, die zum einen mit den Regeln der Ordnung, zum anderen mit ihren konkreten Ergebnissen konfrontiert sind.

[3] Einen Überblick über verschiedene Akzeptanzmodelle findet man bei *Bürg/Mandl* (2004).

I. Mögliche Ursachen von Akzeptanz

Zur Systematisierung möglicher Ursachen von Akzeptanz kann man dabei auf die Erkenntnisse der Diffusionsforschung zurückgreifen. In Anlehnung an *Rogers* (2003) werden im Folgenden fünf Parameter unterschieden, die für die Akzeptanz aus Nutzersicht wesentlich sind:

- relativer Vorteil,
- Kompatibilität,
- Komplexität,
- Evaluation,
- Beobachtbarkeit

Wie lassen sich nun diese Parameter in den Kontext der Akzeptanz von Wirtschaftsordnungen übersetzen?

Der *relative Vorteil* einer Innovation lässt sich nur bestimmen, wenn man den Nutzen der Innovation dem Nutzen eines Substitutionsgutes gegenüberstellt. In Bezug auf eine Wirtschaftsordnung bedeutet dies, dass dem Nutzen der bestehenden Ordnung (hier also der sozialen Marktwirtschaft) der Nutzen einer relevanten anderen Wirtschaftsordnung gegenübergestellt werden muss. Im Gegensatz zu einfachen Gütern, deren Nutzen in der Regel aus der konkreten Erfahrung im Umgang mit diesen Gütern bestimmt wird, ist der relative Vorteil einer Wirtschaftsordnung für die meisten Menschen nur abstrakt einschätzbar. Ein empirischer Vergleich des Nutzens zweier Wirtschaftsordnungen kann nur erfolgen falls ein Bürger über Migrationserfahrung verfügt[4] oder – wie im Fall der Bevölkerung in den neuen Bundesländern – die Transformation einer Wirtschaftsordnung erlebt hat. Daher werden bei der Darstellung der empirischen Akzeptanz im Abschnitt C.II. – soweit verfügbar – die Daten für Ost- und Westdeutschland getrennt angegeben.

Im Regelfall wird aber der „erlebte Nutzen“ der bestehenden Wirtschaftsordnung mit dem „geschätzten Nutzen“ eines anderen Systems verglichen. Dieser Vergleich läuft letztlich auf einen „nirvana approach“ hinaus, der bereits im Rahmen der Diskussion um die Theorie des Marktversagens in der Literatur behandelt wurde.[5] Gelingt es hingegen, im Rahmen einer theoretischen Reflexion die abstrakten Nutzenpotenziale zweier Wirtschaftsordnungen

[4] Bestehen Migrationserfahrungen, kann die empirische Beurteilung der relativen Vorteils verzerrt sein, wenn die Migrationsentscheidung auf der Unzufriedenheit mit der alten Ordnung beruht.

[5] So ist etwa in einer Akzeptanz-Befragung zu lesen: „Die wenigen allerdings, die überlegene andere Wirtschafts-und Sozialsysteme zu kennen glauben […], haben mit deutlicher Mehrheit keine gute Meinung über die soziale Marktwirtschaft […].“ *BSt* (2010, S. 18).

gegenüberzustellen, kann ein solcher nirvana approach vermieden werden. Dann allerdings handelt es sich um einen theoretischen relativen Vorteil, der ermittelt wird.

In jedem Fall muss der Nutzen der bestehenden, eigenen Wirtschaftsordnung für die Bürger erkennbar sein. In Bezug auf die soziale Marktwirtschaft kann dieser Nutzen zum Beispiel in der Freiheit der Entscheidung auf Märkten (theoretisch, abstrakt / erlebbar) aber auch in der Güte der Güterversorgung (erlebbar) insgesamt liegen.

These1: Je höher der erkennbare bzw. erlebte relative Vorteil einer Wirtschaftsordnung im Verhältnis zu einer relevanten Alternative ist, umso höher ist c.p. ihre Akzeptanz.

Der Begriff der *Kompatibilität* misst, ob eine Innovation zu den bereits bestehenden Bedürfnissen, den Zielen und den Wertevorstellungen der Nutzer passt. Überträgt man diese Idee auf die Bewertung einer Wirtschaftsordnung, so muss diese die vorhandenen, tatsächlichen Bedürfnisse der Betroffenen aufgreifen und zur Erreichung ihrer Ziele beitragen. Ebenso muss sie dem Wertesystem der Bürger entsprechen. Das Zustandekommen dieses Wertesystems wird dabei nicht thematisiert. Die Werte können exogen vorgegeben sein oder sich endogen – auch innerhalb der Spielregeln der bestehenden Wirtschaftsordnung – herausbilden. Die Ziele und Bedürfnisse der Bürger auf der Ebene der Wirtschaftsordnung können wiederum in einer guten, präferenzgemäßen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen bestehen, aber auch in der Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden und zu erhalten und – im Sinne der sozialpolitischen Inklusion – am sozialen Leben teilzunehmen.

In Bezug auf die Werte der Betroffenen ist die Kompatibilität der Wirtschaftsordnung mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger relevant. Hält die Mehrheit der Bürger einer Wirtschaftsordnung, in der es aufgrund ihrer Funktionslogik zu Ungleichheiten (z. B. in Bezug auf die Einkommensverteilung) kommt, für ungerecht, so wird die Akzeptanz dieser marktwirtschaftlichen Ordnung gering sein.

These 2: Je besser die Wirtschaftsordnung mit den Werten der Bürger übereinstimmt und je besser sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse bzw. zur Erreichung ihrer Ziele beiträgt, desto höher ist c.p. ihre Akzeptanz.

Beim Parameter *Komplexität* geht es darum, wie schwierig die Anwendung und die erfolgreiche Nutzung einer Innovation ist. Legt man diesen Parameter zur Bestimmung der Akzeptanz einer bestehenden Wirtschaftsordnung an, so geht es darum, diese Ordnung zu verstehen und erfolgreich zu nutzen.

Theoretisch ist sowohl für das Verständnis als auch für die erfolgreiche Nutzung die Kenntnis der systemrelevanten Spielregeln einer solchen Wirtschaftsordnung notwendig. Komplexität bezieht sich dann auf die Struktur der Spielregeln und auf die Inhalte dieser Regeln. Dabei sind die Regeln der sozialen Marktwirtschaft in der Regel schwieriger zu verstehen – und zu bewerten – als die konkreten Ergebnisse der Wirtschaftsordnung (wie etwa die Güterversorgung, die Arbeitslosigkeit und die Verteilung der Einkommen[6]).

These 3: Eine leichter zu verstehende Ordnung weist c.p. eine höhere Akzeptanz auf.

Während man im Rahmen der Diffusionsforschung von technischen Innovationen dem Begriff der *Evaluation* in jedem Fall eine große Bedeutung beimessen kann, muss er für die Beurteilung der Akzeptanz einer bestehenden Wirtschaftsordnung differenziert betrachtet werden. Evaluation bedeutet nämlich die Möglichkeit, vor der tatsächlichen Markteinführung eines Produktes diese Innovation im Sinne von Vorab-Tests (prospektiv) ausprobieren zu können.

Ein solcher prospektiver Test der gesamten Ordnung ist für die Bürger in einer bereits bestehenden Wirtschaftsordnung nicht möglich. Prospektive Tests können im Sinne des Evaluationsgedankens aber für geplante Reformen durchgeführt werden. Hier bieten föderal organisierte Staaten besonders gute Möglichkeiten, Reformen nicht unmittelbar im gesamten Staatsgebiet einführen zu müssen.[7] Vielmehr können solche Reformen innerhalb eines wettbewerblichen Föderalismus (und damit im Sinne eines Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren[8]) dezentral in kleineren Jurisdiktionen getestet werden, um so Erfahrungen mit Reformoptionen zu sammeln.

Ist die vollständige Umstellung einer Wirtschaftsordnung geplant, kann eine empirische Evaluation der neu einzuführenden Ordnung allein durch Migration geschehen. Dazu muss (i) das angestrebte System bereits in einem anderen Land existieren und (ii) müssen Bürger des Landes, in dem die Wirtschaftsordnung neu eingeführt werden soll, dieses (Aus-)Land besuchen.

These 4: Besteht die Möglichkeit der Evaluation (und sind die Ergebnisse der Vorab-Tests positiv), so führt dies c.p. zu einer höheren Akzeptanz.

Die Akzeptanz-Voraussetzung *Beobachtbarkeit* fordert, dass der Nutzen, den eine Innovation für den Anwender bringt, von diesem auch (leicht) beobachtet werden kann. Gleiches sollte

[6] Während die Gütervorsorgung leicht spürbar ist, werden die Informationen über Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung von den Medien leicht zugänglich verbreitet.
[7] Vgl. dazu *Sauerland* (1997, S. 17ff.)
[8] Vgl. *Hayek* (2003).

auch für den Nutzen einer Wirtschaftsordnung gelten. Die Beobachtbarkeit des Nutzens steht in Beziehung zu den Parametern relativer Vorteil sowie Komplexität. Beobachtbar sind bei der sozialen Marktwirtschaft in der Regel die Ergebnisse, also etwa die Abwesenheit von Warteschlangen vor Geschäften, der Beschäftigungsstand, die Inflationsrate und auch wieder die Einkommensverteilung. Die abstrakten Spielregeln der Wirtschaftsordnung sind hingegen nur sehr schwer zu beobachten.

Und wenn es darum geht, den tatsächlichen Nutzen einer Innovation bzw. einer Wirtschaftsordnung erkennen zu können, so setzt das letztlich die Dimension Erfahrbarkeit voraus. Diese bezieht sich auf die tatsächliche Nutzung und einen empirisch erfahrbaren Nutzen – im Verhältnis zu einem aus der Ferne zu beobachtenden Nutzen bzw. einem theoretisch zu begründenden Nutzen.

These 5: Je besser der Nutzen der eigenen Wirtschaftsordnung für die Bürger zu erkennen bzw. erfahrbar ist, desto höher ist c.p. die Akzeptanz der Ordnung.

II. Ausprägungen von Akzeptanz

Mit Hilfe der genannten Adaptionen sollte es möglich sein, die Akzeptanz einer Wirtschaftsordnung auf die in der Diffusionsforschung verwendeten Parameter zurückzuführen. Um die Akzeptanz anhand geeigneter Verfahren messen zu können ist es dann hilfreich, zwischen unterschiedlichen Ausprägungen der Akzeptanz zu differenzieren (*Quiring* 2006, S. 4).[9] So lässt sich etwa die so genannte Einstellungsakzeptanz von der Handlungsakzeptanz unterscheiden (*Müller-Böling/Müller* 1986, S. 27): Während die erstere typischerweise über Befragungen (wie die eingangs zitierte) ermittelt wird, kann die Handlungsakzeptanz nur anhand des tatsächlich beobachtbaren Verhaltens empirisch abgeschätzt werden (*Bürg/Rösch/Mandl* 2005).

Im Bereich der Einstellungsakzeptanz wird weiterhin unterschieden zwischen der affektiven und der kognitiven Einstellungsakzeptanz (*Quiring* 2006, S. 4). Beide Ausprägungen lassen sich auch für Wirtschaftsordnungen ermitteln. Während sich die affektive Akzeptanz auf das der Wirtschaftsordnung entgegengebrachte Gefühl bezieht (vgl. z.B. *Albert/Kapp/Voss* 2008, S. 7), basiert die kognitive Einstellungsakzeptanz auf der Beurteilung anhand einer rationalen Abwägung. Beide Arten der Einstellungsakzeptanz werden durch Befragungen erhoben; die Messkosten (Befragungsaufwand) sind im Fall der kognitiven Einstellungsakzeptanz höher

[9] Diese Unterscheidung ist auch hilfreich, um besser einschätzen zu können, welche Daten momentan über die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft vorliegen und wie diese Daten zu interpretieren sind.

als bei der affektiven. Daher gibt es deutlich mehr Befragungen zur affektiven Akzeptanz als zur kognitiven.

Aus der ökonomischen Perspektive lassen sich zwei weitere Arten von Akzeptanz unterscheiden: die theoretische und die empirische Akzeptanz. Die *theoretische Akzeptanz* wird in der Ordnungsökonomik (z.B. von *Eucken* und *Hayek*) ebenso thematisiert wie in eher philosophischen Sozialtheorien (z.B. von *Rawls*). Grundsätzlich geht es in den ordnungsökonomischen Ansätzen darum, Klugheitsargumente zu liefern, in denen die (potentielle) Vorteilhaftigkeit von Regeln und Regelsystemen für die (soziale) Marktwirtschaft begründet wird. Die Anerkennung dieser Vorteilhaftigkeit manifestiert sich in einem (hypothetischen) Konsens über die Regeln. Der Konsens entspricht der vollständigen Akzeptanz der Regeln und wird in einer Urvertragssituation typischerweise unter Verwendung der Konstruktion eines „Schleiers der Unwissenheit" erreicht.

Die Herausforderung der ordnungsökonomischen Überlegungen besteht nun darin, dass sich die empirisch messbare Akzeptanz, wie sie sich in den eingangs genannten Befragungen manifestiert, weit entfernt ist von einem Konsens in Bezug auf die Wirtschaftsordnung und die ihr zu Grunde liegenden Regeln.

Im folgenden Abschnitt soll daher betrachtet werden, wie die Datenlage in Bezug auf die unterschiedlichen Ausprägungen der Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft aussieht.

C. Zur Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft

I. Theoretische Akzeptanz: Ordnungstheorie und Konsens

> „Für Bürger einer Gesellschaft erscheint diejenige Gesellschaftsordnung akzeptabel, die es ihnen erlaubt, ihre individuellen (unterschiedlichen) Ziele so weit wie möglich zu verfolgen und zu erreichen. Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass eine solche Ordnung eine Marktwirtschaft ist."
>
> *Erlei/Leschke/Sauerland* (2007, S. 465)

Für die Betrachtung der theoretischen Akzeptanz ist die Unterscheidung zwischen den Spielregeln der Wirtschaftsordnung, den Spielzügen innerhalb dieser Spielregeln und den Ergebnissen der Spielzüge wichtig.[10] Im Rahmen der Ordnungstheorie steht allein die Akzeptanz der Spielregeln im Mittelpunkt der Überlegungen. Die Logik lautet: wenn die Spielregeln akzeptiert sind, so sind das auch die Spielzüge, die innerhalb der akzeptierten

[10] Vgl. dazu ähnlich *Vanberg* (2005, S. 7).

Spielregeln getätigt werden und letztlich auch die Ergebnisse, die aus diesen Spielzügen resultieren.

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft besteht in den ordoliberalen Grundlagen aus einer prinzipienorientierten Wirtschaftspolitik (*Erlei/Leschke/Sauerland* 2007, S. 465ff.). Hier geht es um die Zuordnung der Zuständigkeiten innerhalb der Wirtschaftsordnung: die Aufgabe der Politik (bzw. des Staates) besteht darin, die richtigen Spielregeln für die privaten Wirtschaftsakteure zu setzen. Innerhalb dieser Spielregeln sollen dann die privaten Anbieter und Nachfrager ihre Spielzüge eigenverantwortlich und frei gestalten, um innerhalb ihrer Möglichkeiten ein attraktives Spiel zu spielen, das letztlich die Konsumenten als Adressaten hat. Ziel der gesamten marktwirtschaftlichen Ordnung ist es, im Rahmen des Allokationsspiels eine möglichst präferenzgemäße Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Dieses Allokationsspiel, bei dem die Spielregeln so gesetzt sind, dass die beteiligten Akteure möglichst viele Kooperationsvorteile realisieren (können), [11] ist der Kern der „funktionsfähigen und menschenwürdigen Wirtschaftsordnung“ (*Eucken* 1949, S. 1) in der ordoliberalen Konzeption. Schon in den frühen Arbeiten findet man die Idee, dass die Zustimmung möglichst vieler Bürger für eine solche Ordnung wichtig ist. [12] In der moderneren Verfassungsökonomik wird diese breite Zustimmung zu den Spielregeln zur Idee des Konsenses über die Spielregeln weiterentwickelt. Wie aber lässt sich eine solche breite Zustimmung oder gar vollständige Akzeptanz – zumindest theoretisch – begründen?

Ein erstes Argument für eine hohe Akzeptanz ist die Freiheit der Bürger, die Spielzüge im Allokationsspiel eigenverantwortlich gestalten zu können. Mit Blick auf die Ergebnisse liefern der realisierte Wohlstand, der potentiell hohe Beschäftigungsstand und die allgemeine Versorgungssituation, die von Marktwirtschaften gewährleistet wird, gute Gründe für eine hohe Akzeptanz. Diese sind auch – im Sinne der oben genannten Determinanten von Akzeptanz – gut beobachtbar. Gleichzeitig gilt aber auch, dass die Teilnahme am Allokationsspiel Ungleichheiten bei den Ergebnissen (z.B. bei den Einkommen) hervorbringt.[13]

---

[11] Zu der Ansicht, dass die Ökonomik als Wissenschaft sich mit der Realisation von Kooperationsvorteilen beschäftigen sollte – und nicht mit ausgeklügelten mathematischen Modellen Gleichgewichtslösungen errechnen – vergleiche z.B. *Buchanan* (1964).

[12] *Eucken* (1952, S. 313): „Sie [die Arbeiter, d. Verf.] haben Anspruch auf eine Ordnung, die sie bejahen können, weil sie ihnen und ihren Angehörigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.“

[13] Auch die Ungleichheiten bei den Einkommen sind beobachtbar im Sinne der oben diskutierten Akzeptanzdeterminanten.

Die Natur des Wettbewerbs, der als treibende Kraft hinter dem Allokationsspiel steht, besteht darin, dass es Gewinner und Verlierer dieses Spiels gibt. Das Konsensargument läuft nun so, dass die Situation der (potentiellen) Verlierer innerhalb einer Marktwirtschaft immer noch deutlich besser ist als in anderen Wirtschaftsordnungen.[14] Dies entspricht dem weiter oben genannten Argument des *relativen Vorteils*. Aufgrund der so begründeten Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft im allokativen Bereich ist es für alle Betroffenen, d.h. die Teilnehmer dieser Marktwirtschaft, im eigenen, wohlverstandenen Interesse, diese Ordnung zu akzeptieren. Daher sollten alle Bürger schon allein einer Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung zustimmen können.

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft fügt diesem grundsätzlich schon vorteilhaften und konsensfähigen Mechanismus noch die Idee hinzu, dass die Wettbewerbsordnung durchaus auch zu Ergebnissen führen kann, die nicht im Sinne der Betroffenen sind. Dazu gehören insbesondere Ungleichheiten bei der primären Einkommens- und bei der Vermögensverteilung. Die soziale Marktwirtschaft korrigiert diese Ungleichheiten als Ergebnisse des Allokationsspiels indem eine Sekundärverteilung von Einkommen und Vermögen vorgenommen wird. Auch die Spielregeln dieser Umverteilung sollen vom Staat gesetzt werden, und auch diese Spielregeln werden als konsensfähig rekonstruiert (*Leschke/ Sauerland* 2000).

Unmittelbar einsichtig ist, dass die (potentiellen) Verlierer des Allokationsspiels solchen Umverteilungsregeln zustimmen können. Es ist aber auch im wohlverstandenen, eigenen Interesse der potentiellen Gewinner des Allokationsspiels einen Teil ihrer Gewinne abzugeben. Eigennutzorientierte Begründungen dafür sind (i) das Zahlen einer Stillhalteprämie an die potentiellen Verlierer, um den Standortfaktor sozialer Friede zu sichern, (ii) die Idee einer Versicherung im Sinne von Rawls für den Fall, dass die aktuellen Gewinner in Zukunft selbst zu den Verlierern gehören und (iii) die Möglichkeit, über Einkommenstransfers die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

Daraus wird eine „Sozialpolitik für den Markt“ begründet (*Sauerland* 2004, S. 210f.). Diese dient dazu, durch freiwillige Umverteilungsmaßnahmen (durchaus im Sinne einer freiwilligen Solidarität nach von *Hayek* (1983, S. 361 ff.)) die potentiellen Verlierer des Allokationsspiels gegen bestimmte Risiken, insbesondere das unverschuldete Armutsrisiko, abzusichern.

[14] Vgl. dazu auch den Hinweis von *Schumpeter* (2008, S.63ff.) auf die herausragenden Leistungen des Kapitalismus im Bereich der Allokation sowie der allgemeinen Wohlstandsmehrung.

Die vorgesehene Umverteilung kann man auch als Begrenzung des maximalen Einsatzes im Allokationsspiel interpretieren. Durch die Einführung einer sozialen (Mindest-)Sicherung geht es in diesem Spiel nicht mehr um die Existenz der Betroffenen. Dies ermöglicht es ihnen, höhere Risiken im Allokationsspiel einzugehen. Dass dies durchaus produktiv sein kann, solange die Einheit von Gestaltungsmacht und Haftung nicht zu stark aufgelöst wird, hat *Sinn* (1986) gezeigt.

Mit dieser Idee der Sozialpolitik für den Markt lässt sich über die Spielregeln der Umverteilung aus der konsensfähigen Marktwirtschaft die konsensgenerierende soziale Marktwirtschaft legitimieren.[15] Die hypothetische Zustimmung bzw. Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft liegt, unter dem bekannten Schleier der Unwissenheit, bei 100 Prozent. Dieser Schleier soll die Bewertung der Spielregeln unabhängig von der tatsächlichen eigenen Position im Spiel ermöglichen. Die empirische Akzeptanz spielt bei diesen Überlegungen keine Rolle, da das Verständnis der theoretischen Wirkungen der Spielregeln einer solchen Wirtschaftsordnung ausreicht, um sie als konsensfähig zu legitimieren. Im Sinne der oben genannten Determinanten von Akzeptanz sollten diese Spielregeln verständlich, mithin nicht von zu großer *Komplexität* sein.[16]

Diese theoretisch begründbare, 100-prozentige Akzeptanz der sozialen Markwirtschaft in Deutschland steht jedoch im Widerspruch zu den seit der Wiedervereinigung erhobenen empirischen Akzeptanzwerten.

II. Empirische Akzeptanz – genauer betrachtet

Die weitaus größte Zahl der in den letzten Jahren erschienenen Untersuchungen misst über repräsentative Befragungen die affektive Einstellungsakzeptanz der Bevölkerung. Dagegen gibt es (aufgrund der höheren Messkosten) nur wenige Erhebungen der kognitiven Einstellungsakzeptanz. Explizite Untersuchungen zur Handlungsakzeptanz der sozialen Marktwirtschaft sind nicht bekannt; jedoch gibt es empirische Hinweise auf Indikatoren für Handlungsakzeptanz, die hier kurz referiert werden.

1. Zur affektiven Einstellungsakzeptanz

In repräsentativen Befragungen wurden in den letzten Jahren unter anderem die politische Stimmung in Deutschland (*Infratest dimap* 2012), die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland (*BSt* 2011a) und die Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft (*BSt* 2010) thematisiert.

---

[15] *Karsten* (1985, S. 181) nennt die soziale Marktwirtschaft daher einen „consensus-generating mechanism".

[16] *Eucken* (1952, S. 308): „Diese und andere Hauptzüge der Wettbewerbsordnung sind auch breiteren Kreisen verständlich. Dadurch wird ihre Realisierung wesentlich erleichtert."

Betrachtet man exemplarisch die Ergebnisse der von Allensbach seit 1990 durchgeführten Befragungen in Abbildung 1, so lässt sich zunächst feststellen, dass die affektive Einstellungsakzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland von 2000 bis 2004 stark zurückgegangen ist (*WissBeirat* 2009, S. 7f.). Im Jahr 2004 war sie mit einer Zustimmung von 25 Prozent (hier gemessen als Prozentsatz der Befragten, die eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft haben) auf dem bisherigen Tiefpunkt. Zu diesem Zeitpunkt war die konjunkturelle Situation in Deutschland nach zwei Jahren niedrigen Wachstums wieder im Aufschwung. Demgegenüber ist seit 2006 wieder ein Anstieg der Zustimmung festzustellen, der auch inmitten der globalen Wirtschaftskrise und bis heute anhält.

Am Jahresanfang 2012 ist die Akzeptanz mit 43 Prozent wieder auf dem Niveau von 2001 (*Allensbach* 2012). Die eingangs zitierte Umfrage (*Infratest dimap* 2012, S. 10) weist dennoch hin, dass eine knappe Mehrheit (51 Prozent) der Deutschen grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsordnung für wünschenswert hält.[17]

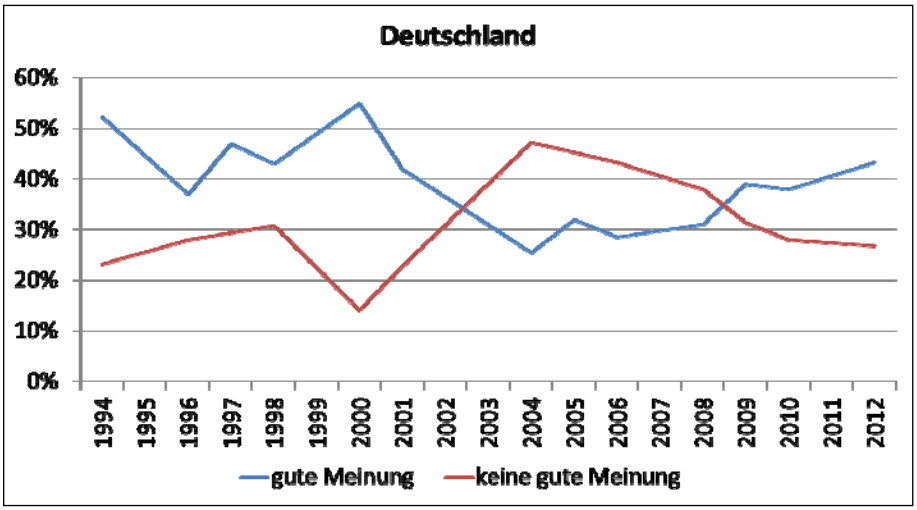

Abbildung 1: „Haben Sie von der sozialen Marktwirtschaft eine gute Meinung?“[18]

Bei genauerer Betrachtung der Allensbach-Befragungsdaten fällt der große Unterschied zwischen der Beurteilung der deutschen Wirtschaftsordnung in den alten und den neuen Bundesländern auf (Abbildung 2). In Westdeutschland ist die Zustimmung im gesamten Befragungszeitraum höher als in den neuen Bundesländern; jedoch war sie dort im Jahr 1990 mit 77 Prozent absolut am höchsten.

[17] Im August 2010 hatten in einer anderen Umfrage noch 88 Prozent der Befragten angegeben, dass sie sich eine neue Wirtschaftsordnung wünschen (*o.V.* 2010).
[18] Quelle: *Allensbach* (2012).

In den Umfragen werden i.d.R. auch Fragen gestellt, die Hinweise auf die Ursachen der Akzeptanz geben. Fragen nach der *Kompatibilität* mit den Zielen und Werten der Befragten (s. Punkt B. I.) stehen dabei weit oben bei der Ursachenforschung für niedrige Akzeptanz.

Ein wichtiger Punkt ist die Einschätzung der Gerechtigkeit der Verteilung (Vermögen und Einkommen). Im Jahr 2010 beurteilten 58 Prozent der Befragten diese wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als nicht gerecht, nur 21 Prozent als gerecht (*BSt* 2010, S. 8).

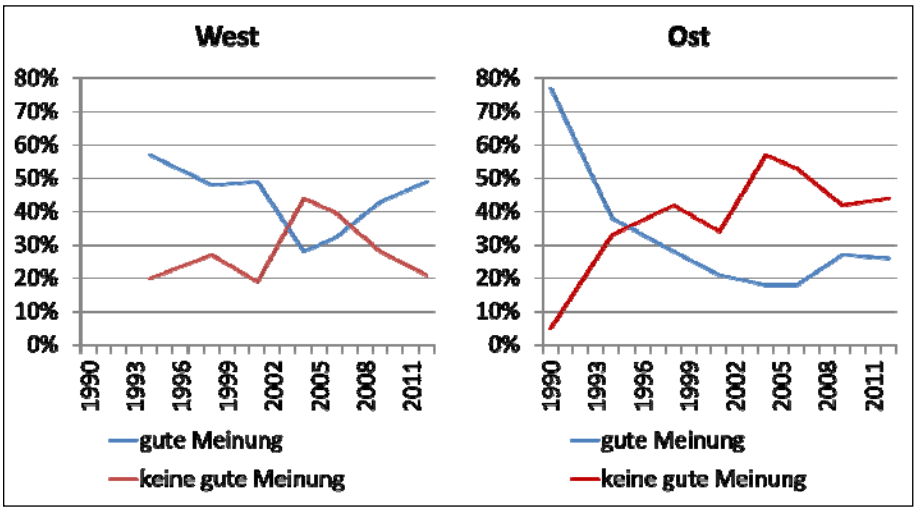

Abbildung 2: „Haben Sie von der sozialen Marktwirtschaft eine gute Meinung?“[19]

Differenzierter ist die Befragung und die Beurteilung im Jahr 2011: Hier wurden die wichtigsten Erwartungen der Bevölkerung abgefragt – und die Abweichungen zwischen den Erwartungen und der Erfüllung der Ziele ermittelt. Dabei zeigte sich, dass gleiche Bildungschancen sowie ein hoher Beschäftigungsstand (bzw. eine niedrige Arbeitslosigkeit) für die Befragten die wichtigsten Ziele der sozialen Marktwirtschaft sind (*BSt* 2011a, S. 4). Genau in diesen Bereichen sehen die Befragten aber auch die größten Unterschiede zwischen den realen Ergebnissen der Wirtschaftsordnung und ihren Erwartungen. Im Sinne der obigen Überlegungen zur Kompatibilität lässt dies c.p. auf eine geringe Akzeptanz der Wirtschaftsordnung schließen.

Die niedrige Akzeptanz lässt – in Analogie zur schon länger vorhandenen Politikverdrossenheit im demokratischen System[20] – eine ‚Marktwirtschaftsverdrossenheit’ vermuten. Analog zur Politikverdrossenheit stellt sich die Frage, ob und wie die Politik auf diese Marktwirtschaftsverdrossenheit reagieren soll.

---

[19] Quelle: *Allensbach* (2012).

[20] So zeigt etwa *Fuchs* (1999), dass die Akzeptanz der demokratischen Ordnung in Deutschland von 1990 bis 1997 zurückgegangen ist. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Westen ist die Akzeptanz deutlich höher.

Genau diese Frage stellt der wissenschaftliche Beirat in seiner Untersuchung in den Mittelpunkt (*WissBeirat* 2009). Dazu nimmt der Beirat auch eine Abschätzung möglicher Ursachen für die im Zeitablauf sinkende Akzeptanz vor. Im Gutachten ist zu lesen: „Die Akzeptanzprobleme der Marktwirtschaft in Deutschland waren gering, solange Einkommen und Beschäftigung mit hoher Rate wuchsen und relative Verlierer absolut gesehen zu den Gewinnern zählten. Der direkte Vergleich mit der weniger erfolgreichen Planwirtschaft der DDR stabilisierte das marktwirtschaftliche System zusätzlich“ (*WissBeirat* 2009, S. 13). Im Sinne der oben angeführten möglichen Ursachen für Akzeptanz bedeutet dies, dass seit 1990 sowohl der *relative Vorteil* der sozialen Marktwirtschaft als auch die *Beobacht- und Erfahrbarkeit* des Nutzens für die Bevölkerung deutlich zurückgegangen sind – und mit diesen Parametern auch die Akzeptanz.

Diese Beurteilung des relativen Vorteils und die Erfahrbarkeit hat sich im Jahr 2012 wieder verändert: Hier geben – wie eingangs erwähnt – 67 Prozent der Befragten an, die soziale Marktwirtschaft sei „für Deutschland immer noch am besten“ (*Infratest dimap* 2012, S. 10). Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die relevante Alternative im Bereich der Wirtschaftsordnung nicht mehr in der DDR-Planwirtschaft besteht, sondern in den verschiedenen Ausprägungen von Marktwirtschaften in Europa, über die in Zeiten der Wirtschaftskrise in den Medien nahezu permanent berichtet wird. Während die Krise in Deutschland nur geringe Spuren im Arbeitsmarkt hinterlassen hat und auch das Kreditrating weiterhin erstklassig ist, sind die Auswirkungen der Krise (u.a. auch das inzwischen sehr bekannte Kreditrating) in den anderen Ländern deutlich negativer. Im Anschluss an die genannte Diagnose nimmt der Beirat interessanterweise eine Analyse der empirischen Entwicklung derjenigen Daten vor, die aus seiner Sicht relevant, beobacht- und erfahrbar sind (*WissBeirat 2009,* S. 15ff.).

Diese Analyse ergibt, dass die Ungleichheit der verfügbaren (Haushaltsäquivalenz-)Einkommen aufgrund der staatlichen Umverteilung nicht so stark zugenommen hat, wie die Ungleichheit der (in der öffentlichen Debatte leichter erkennbaren) Markteinkommen.[21] Gleichzeitig haben sich durch die Reform des Arbeitsmarktes die Chancen der gering Qualifizierten verbessert. Auch der Beirat hält die ungleichen Bildungschancen, die in Deutschland durch ein wenig durchlässiges Bildungssystem verursacht werden, für ein großes Problem und eine mögliche Ursache für die geringe Akzeptanz der deutschen Wirtschaftsordnung (*WissBeirat 2009,* S. 22).

[21] Publikumswirksam wird in den Medien insbesondere die Entwicklung der Einkommen von Managern thematisiert (*WissBeirat* 2009, S. 15).

Bei der Relativierung der Ungleichverteilung der Einkommen spielt das Argument der *Komplexität* einer Rolle. Die Logik „ja, es gibt Ungleichheiten, aber die sind nicht so stark wie es auf den ersten Blick erscheint, wenn man die richtigen Daten kennt“ erfordert ein höheres Komplexitätsniveau als die einfach zu erkennenden Einkommensverteilungen.[22] Das Gutachten des Beirats kann daher auch als Versuch interpretiert werden, die kognitive Einstellungsakzeptanz – über bessere Informationen für die Bevölkerung – zu verbessern.

2. Zur kognitiven Einstellungsakzeptanz

Die kognitive Einstellungsakzeptanz beruht – anders als die affektive Komponente – nicht auf einer „gefühlten“ Einstellung gegenüber der Marktwirtschaft, sondern auf einer abwägenden Reflektion, die auch mit rationalen Begründungen hinterlegt werden kann (*Seeber* 2008, S. 147f.). Eine Grundthese zu den Determinanten der kognitiven Einstellungsakzeptanz lautet: *Je besser das Verständnis (insbesondere komplexer Zusammenhänge) ist, desto höher ist c.p. die Akzeptanz.* Für die Akzeptanz der (sozialen) Marktwirtschaft folgt daraus oftmals die Forderung nach einer besseren ökonomische (Schul-)Bildung, in der Informationen über die Funktionsweise der Marktwirtschaft vermittelt werden.

Das Wissen der deutschen Schülerinnen und Schüler über die Wirtschaft und über wirtschaftliche Zusammenhänge ist, wie alle Studien zu diesem Thema zeigen, bis dato defizitär (*Seeber* 2008, S. 145f.). Ein Verständnis für die Logik des marktwirtschaftlichen Systems ist aber wichtig, um es – im Sinne der kognitiven Einstellungsakzeptanz[23] – adäquat reflektieren zu können und um zu einer fundierten Einschätzung zu kommen. Möglicherweise ließe sich also tatsächlich über den Transmissionsweg einer besseren ökonomischen (Schul-)Bildung in Deutschland auch die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft erhöhen (*Seeber* 2008, S. 145). Bisher aber gibt es nur wenig gesicherte Erkenntnisse darüber, ob tatsächlich ein Mehr an ökonomischer Bildung zu einer besseren (oder anderen) Beurteilung der sozialen Marktwirtschaft führt.[24]

Empirische Hinweise zum Einfluss der ökonomischen Bildung auf die kognitive Einstellungsakzeptanz der Marktwirtschaft liefert eine Studie von *Würth/Klein* (2001). Im Mittelpunkt der Studie stand das Wirtschaftswissen Jugendlicher im Bundesland Baden-

[22] Im Gutachten heißt es dazu: „Obwohl sich manche der in der Öffentlichkeit geäußerten Sorgen bei genauerer Betrachtung der Daten relativieren, …“ (*WissBeirat* 2009, S. 23).
[23] *Seeber* (2008, S. 146) weist darauf hin, dass der pädagogische Bildungsbegriff die Fähigkeit einer Person beinhaltet, „selbstständig eine Haltung gegenüber einer Sache, sich selbst und der Umwelt einzunehmen.“ „Ein solches Individuum besitzt Urteilskompetenz. Für sein Urteil benötigt es neben einem ethisch-sozial fundierten Orientierungswissen eben auch Sachwissen.“
[24] Enste/Haferkamp/Fetchenhauer (2009) zeigen, dass es systematische Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und ökonomischen Laien gibt.

Württemberg. In der Studie wurden Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen Schultypen, unterschiedlichen Altersklassen und mit unterschiedlicher ökonomischer Bildung befragt. Die Arbeitshypothese der Studie bestand darin, dass die maximale ökonomische Bildung – und damit das beste Verständnis für Märkte und die Marktwirtschaft – bei Schülerinnen und Schülern zu finden ist, die in der Jahrgangsstufe 12 des Gymnasiums waren und einen Leistungskurs Gemeinschaftskunde[25] belegt hatten.

Bei der Analyse des faktischen Wissens (Lehrstoff- und Allgemeinwissen) über die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge zeigt sich tatsächlich, dass diese Schülerinnen und Schüler einen signifikant höheren Wissensstand als die übrigen Befragten haben (*Würth/Klein* 2001, S. 162ff.). Allerdings ist bei diesem Ergebnis zu berücksichtigen, dass es verzerrt sein kann (selection bias): Wenn Schülerinnen und Schüler mit einem größeren Interesse an ökonomischen Fragestellungen einen Leistungskurs Gemeinschaftskunde wählen, dann ist es nicht verwunderlich, dass diese Schülerinnen und Schüler auch ein besseres Wissen in diesem Bereich haben.[26]

Eine Befragung aus dem Jahr 2009 zeigt, dass es um die ökonomische Bildung bei jungen Menschen generell eher schlecht bestellt ist: So verbinden 40 Prozent der Befragten im Alter zwischen 14 und 24 Jahren mit dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft inhaltlich „nichts bestimmtes“, beim Begriff Globalisierung sind es immerhin 28 Prozent. Nur 53 Prozent der jungen Menschen ist das Grundprinzip von Angebot und Nachfrage nicht nur bekannt, sondern sie können es auch richtig erklären (*Bankenverband* 2009, S. 11f.).

Die Untersuchung von *Würth/Klein* (2001) zeigt, dass ein grundsätzliches Interesse an wirtschaftlichen Fragen plus die tägliche Zeitungslektüre die (abgefragten) Kenntnisse über die Marktwirtschaft und ihre Funktionsweise deutlich verbessert.[27] Auffällig ist, dass die Befragten Schülerinnen signifikant weniger Wissen über ökonomische Zusammenhänge haben als Schüler. Das monatlich verfügbare Budget hat in der Gruppe der Befragten keinen erkennbaren Zusammenhang zum wirtschaftlichen Wissen (*Würth/Klein* 2001, S. 166).[28]

Bei der Befragung zu den Einstellungen zur Marktwirtschaft geben alle Gruppen von Befragten an, dass sie diese grundsätzlich mit den Begriffen Profitstreben, großes

[25] Der Gemeinschaftskundeunterricht beinhaltet die Auseinandersetzung mit wirtschafts(wissenschaftlichen) Fragestellungen.
[26] Ähnliche methodische Probleme ergeben sich bei der Befragung von Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaften zu ihren Einstellungen (vgl. etwa *Cipriani/Lubian/Zago* 2009 oder *Lanteri* 2008).
[27] Grundsätzlich scheinen junge Menschen ein großes Interesse an Wirtschaft zu haben. In der Altersgruppe der 14-bis 24-jährigen gaben im Jahr 2009 70 Prozent der Befragten an, dass ihnen Informationen über allgemeine wirtschaftliche Zusammenhänge wichtig bzw. sehr wichtig sind (*Bankenverband* 2009, S. 9f.).
[28] Darüber hinaus gilt auch, dass gute Schüler (gemessen an den Fächernoten in Deutsch, Englisch und Mathematik) über bessere wirtschaftliche Kenntnisse verfügen (*Würth/Klein* 2001, S. 165).

Warenangebot sowie Wachstum verbinden (*Würth/Klein* 2001, S. 173). Nur wenige Schülerinnen und Schüler assoziierten mit der Marktwirtschaft den Begriff Gerechtigkeit. Auch hier zeigt sich, dass die Befragten aus dem Leistungskurs Gemeinschaftskunde deutlich weniger falsche Assoziationen wählen als die übrigen Gruppen. So wurden die für Marktwirtschaften untypischen Charakteristika Preiskontrolle und zentrale Planung von dieser Gruppe fast nicht gewählt (*Würth/Klein* 2001, S. 173). Stattdessen wurde deutlich stärker als bei den übrigen Befragten eine marktwirtschaftliche Ordnung mit den Begriffen Wohlstand, Privateigentum und Freiheit assoziiert.

Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bei der direkten Frage nach der Akzeptanz der Marktwirtschaft. Hier gaben 79 Prozent der Leistungskurs-Teilnehmer an, dass sie auf eine Marktwirtschaft nicht verzichten können; 12 Prozent hatten dazu keine Meinung, nur 9 Prozent lehnten die Marktwirtschaft ab. Zum Vergleich: In der Gruppe der Schülerinnen und Schüler der Klasse 12 an allgemeinen Gymnasien waren 48 Prozent für die Marktwirtschaft und jeweils 24 Prozent hatten keine Meinung oder lehnten diese Wirtschaftsordnung ab (*Würth/Klein* 2001, S. 178).[29] Dies ist ein starkes Argument für den Effekt der ökonomischen Bildung auf die Akzeptanz.

Diese eher affektive Akzeptanz ist laut der Studie wiederum geschlechtsspezifisch (bei Schülern stärker ausgeprägt als bei Schülerinnen) und sie wird beeinflusst von der familiären Sozialstruktur: Die Akzeptanz der Marktwirtschaft ist dann höher, wenn wirtschaftliche Fragen in der Familie besprochen werden (*Würth/Klein* 2001, S. 179f.). Wenn diese Grunddisposition für ökonomische Themen vorhanden ist, fällt auch die ökonomische (Schul-)Bildung auf fruchtbaren Boden.[30]

Setzt man nun den Wissensstand um ökonomische Zusammenhänge – im Sinne der kognitiven Einstellungsakzeptanz – in Beziehung zu den Einstellungen gegenüber der Marktwirtschaft, so zeigt sich auf Basis der Daten der zitierten Studie, dass ein gutes wirtschaftswissenschaftliches Wissen bei Schülerinnen und Schülern stark korreliert mit einer positiven Einstellung gegenüber der Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem (*Würth/Klein* 2001, S. 229ff.). Dies deutet darauf hin, dass eine bessere ökonomische Bildung tatsächlich zu einer höheren kognitiven Einstellungsakzeptanz der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung führt.

---

[29] Die mit Abstand kritischste Haltung gegenüber der Marktwirtschaft hatten die Schülerinnen und Schüler der Klasse 8 an Hauptschulen. Hier gaben nur 14 Prozent an, auf die Marktwirtschaft nicht verzichten zu können, während 37 Prozent sie ablehnten und 49 Prozent keine Meinung hatten (*Würth/Klein* 2001, S. 178).

[30] In einer der eingangs zitierten Umfragen zeigt sich darüber hinaus, dass die Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft sehr stark vom gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status abhängig ist. Vgl. *BSt* (2010, S. 4).

3. Zur Handlungsakzeptanz

Handlungsakzeptanz bedeutet, aus beobachtbaren Handlungen der Bürger die Akzeptanz der Wirtschaftsordnung – ihrer Regeln und ihrer Ergebnisse – „ablesen“ zu können. Diese Art von Akzeptanz ist ein härterer Indikator, denn er setzt voraus, dass die Bürger nicht nur innerhalb einer Befragung antworten, sondern dass sie von sich aus Aktivitäten ergreifen, um ihre Unzufriedenheit aktiv zu signalisieren bzw. Konsequenzen aus ihrer Unzufriedenheit zu ziehen. Dies ist – anders als bei den bisher angeführten Befragungen – für die Bürger mit Kosten verbunden, so dass der Grad der Unzufriedenheit einen bestimmten Schwellenwert überschreiten muss, bevor solche Handlungen bzw. Maßnahmen ergriffen werden.

Welche Handlungsmöglichkeiten Nachfrager haben, wenn sie das Angebot, das ihnen von politischen oder ökonomischen Anbietern gemacht wird, nicht akzeptieren, hat *Hirschman* (1970) in „Exit, Voice and Loyalty“ grundlegend beschrieben.[31]

Überträgt man Hirschmans Überlegungen auf die hier diskutierte Fragestellung, so ist eine Wirtschaftsordnung das Angebot von politischen Anbietern, in Deutschland also Parteien. In der politischen Arena steht den Bürgern in Demokratien das Instrument der Wahlen (Voice) zur Verfügung, um ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Status quo auszudrücken.

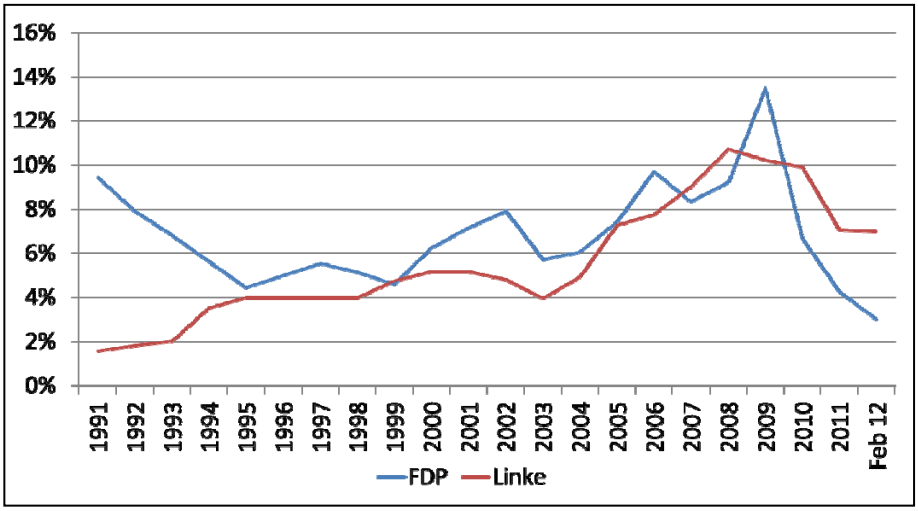

Abbildung 3: „Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre…“[32]

Im deutschen politischen Spektrum ist zu vermuten, dass bei einer großen Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung sozialer Marktwirtschaft die Partei Stimmen gewinnen wird, die die sozialen Ungerechtigkeiten der aktuellen Wirtschaftsordnung deutlich kritisiert. Die

[31] Grundsätzlich geht es um die Frage, wie Bürger darauf reagieren (können), dass politische oder ökonomische Anbieter von Leistungen diese nicht entsprechend der Präferenzen „ihrer Nachfrager“ bereitstellen.
[32] Quelle: *Forschungsgruppe Wahlen* (2012). Die hier angegebenen Prozentzahlen sind die Mittelwerte p.a. der einzelnen Politbarometer-Daten; diese werden i.d.R. monatlich erhoben.

einfache These lautet also: *Bei einer hohen Unzufriedenheit mit der sozialen Marktwirtschaft, d.h. einer niedrigen Akzeptanz, gewinnt DIE LINKE.*[33]

Die Ergebnisse der Meinungsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen sind in Abbildung 3 dargestellt. Diese Meinungsumfragen sind, wie in Abschnitt C.4. noch zu erläutern ist, kein Ausdruck von Handlungsakzeptanz, sondern der (affektiven) Einstellungsakzeptanz zuzurechnen.

Der Einstellungsindikator zeigt: Unmittelbar nach der Wiedervereinigung nahezu nicht existent steigt der Umfragewert der LINKE zunächst kontinuierlich an. Nach einem ersten Hoch der Partei im Jahr 2000 sinkt ihr Wert in den Meinungsumfragen ab. Erst im Jahr 2004 beginnt er wieder zu steigen, bis zum Jahr 2008. Danach sinkt der Anteil kontinuierlich; der aktuelle Umfragewert im Februar 2012 liegt bei 7 Prozent.

Betrachtet man die tatsächlichen Stimmenanteile der LINKE (und der FDP) bei den Bundestagswahlen[34] seit der Wiedervereinigung, so ergibt sich – wie bei der Akzeptanz – ein nach Ost- und Westdeutschland differenziertes Bild:

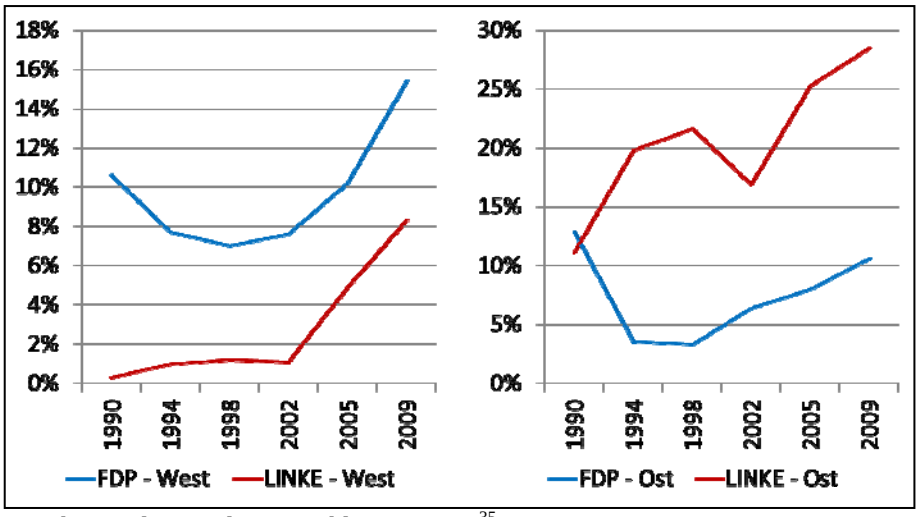

Abbildung 4: Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1990[35]

Parallel zum Absturz der FDP in den neuen Bundesländern stieg dort der Stimmenanteil der Linkspartei bis 1998 deutlich an, während er in den alten Bundesländern auf einem sehr niedrigen Niveau verblieb. Während aber die LINKE im Jahr 2002 in den alten Bundesländern ihr Ergebnis halten konnte, verlor sie in den neuen Bundesländern deutlich. Danach gibt es bis 2009 einen deutlichen Aufwärtstrend der Partei. Betrachtet man die Entwicklung seit 2002, so zeigt sich, dass bis zur letzten Bundestagswahl im Jahr 2009

[33] Hingegen sollte eine Partei, die mit (wirtschafts-)liberalen Ideen in Verbindung gebracht wird, bei geringer Akzeptanz Stimmen verlieren. Daher wird im Folgenden auch der Stimmenteil der FDP ergänzend dargestellt.
[34] Wahlergebnisse sind (anders als Umfragen) Ausdruck der Handlungsakzeptanz, denn die Wähler nehmen die Kosten, an Wahlen teilzunehmen, auf sich, um ihre Zustimmung oder Ablehnung zu zeigen.
[35] Quelle: *Bundeswahlleiter* (2012). Die hier angegebenen Werte sind die Anteile der Zweitstimmen.

sowohl die marktwirtschaftskritische als auch die marktwirtschaftsunterstützende Partei Stimmenanteile gewonnen haben.[36]

Angesichts der Daten der Meinungsumfragen kann man aber vermuten, dass die Handlungsakzeptanz der sozialen Marktwirtschaft gemessen am Indikator Wahlen (Voice) im seit 2008 wieder zunimmt. Dies zeigt auch die schwache Korrelation in Abbildung 5.

Folgt man Hirschman, so steht den Bürgern neben der Abstimmung mit den Händen auch das Instrument der Abstimmung mit den Füßen (Exit) zur Verfügung. Da der Einsatz des Instruments Wahlen für die Bürger mit niedrigeren Transaktionskosten verbunden ist als die Abwanderung, wird letzteres Instrument erst dann gewählt, wenn mithilfe von Wahlen keine Veränderung möglich war.

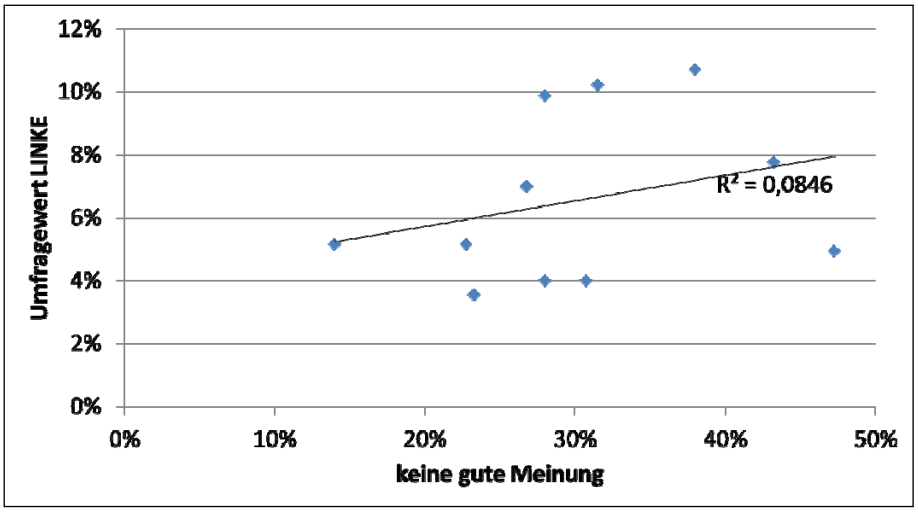

Abbildung 5: Akzeptanz und Umfragewerte die LINKE

Die Wanderungsbewegungen aus und nach Deutschland sind in Abbildung 6 zusammengefasst. Hier zeigt sich zum einen, dass die Zuwanderung seit 1992 kontinuierlich abgenommen hat; gleichzeitig ist die Abwanderung aus Deutschland in den letzten 20 Jahren recht konstant geblieben. Allerdings war in den Jahren 2008 und 2009 ein Anstieg von etwa 100.000 Abwanderungen im Verhältnis zu den Jahren 2005 bis 2007 festzustellen.

Aus diesen Zahlen könnte man schließen, dass die Akzeptanz 2008 und 2009 zurückgegangen ist und einige Bürger die Konsequenz Abwanderung aus ihrer Unzufriedenheit gezogen haben.

Neben Exit und Voice soll hier noch ein dritter Indikator für Handlungsakzeptanz in Bezug auf die soziale Marktwirtschaft eingeführt werden. Dies ist der Anteil der Schattenwirtschaft an der gesamten Wirtschaftsleistung. Geht man davon aus, dass die Nicht-Akzeptanz von

[36] Die aktuellen Umfragewerte (Februar 2012) liegen bundesweit bei 3 Prozent für die FDP (*Forschungsgruppe Wahlen* 2012).

bestehenden Spielregeln dazu führt, dass Menschen Wege suchen, diese Spielregeln zu umgehen, so ist der Anteil der Schattenwirtschaft ein Indikator für die Nichtakzeptanz der Spielregeln auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der Abgaben (Steuern, Sozialversicherung).

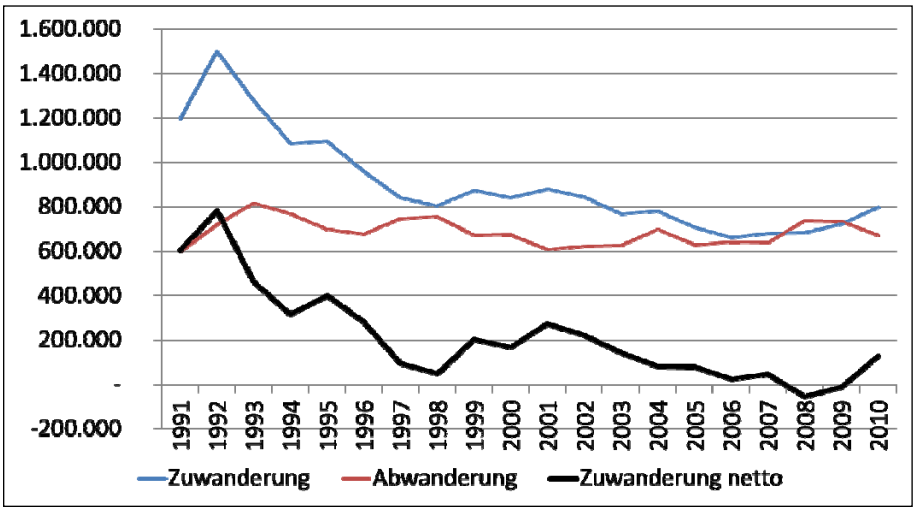

Abbildung 6: Wanderung aus und nach Deutschland[37]

Ebenso kann die Schattenwirtschaft genutzt werden, um ein Einkommen zusätzlich zu Sozialtransfers zu erhalten. In dieser Interpretation wäre ein steigender Anteil der Schattenwirtschaft ein Indikator für eine Unzufriedenheit mit den Spielregeln im Bereich der primären und sekundären Einkommensverteilung. Die Schätzungen über das Ausmaß der Schattenwirtschaft in Deutschland[38] seit der Wiedervereinigung ergeben folgendes Bild:

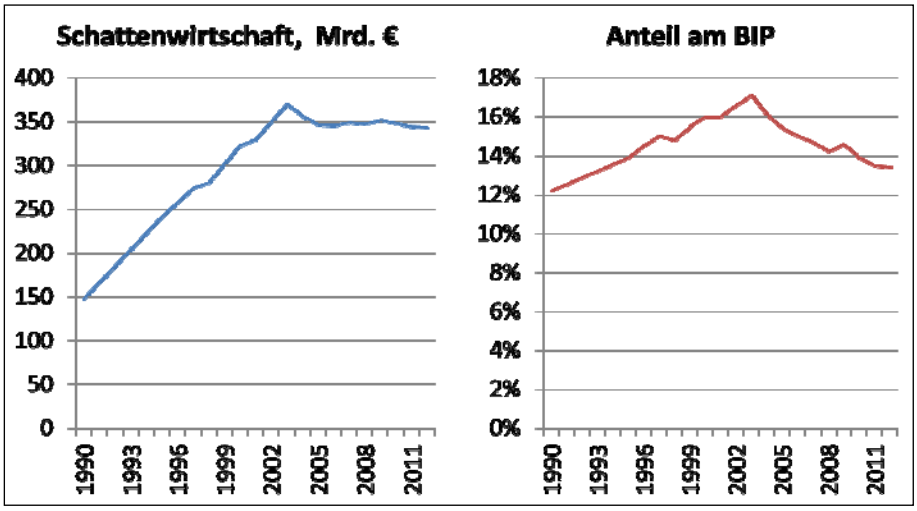

Abbildung 7: Schattenwirtschaft in Deutschland: absolut und Anteil am BIP[39]

Das absolute Ausmaß der Schattenwirtschaft ist von 2002 bis 2009 annähernd konstant geblieben und geht seither leicht zurück. Betrachtet man den Anteil der Schattenwirtschaft am

[37] Quelle: *Destatis* (2012).
[38] Vgl. dazu ausführlich *Boockmann et al.* (2010).
[39] Quelle: *IAW* (2012).

Bruttoinlandsprodukt, so steigt dieser von 1990 bis 2003 kontinuierlich an und geht seither ebenso kontinuierlich zurück. Zieht man diesen Indikator heran, der eine andere Art von Abstimmung mit den Füßen im Bereich der Handlungsakzeptanz dokumentiert, so ist die Akzeptanz der Spielregeln auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der primären und sekundären Einkommensverteilung seit einigen Jahren wieder steigend.

4. Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Befragungen zur affektiven Einstellungsakzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zeigen einen nahezu kontinuierlichen Rückgang dieser Akzeptanz bis zum Jahr 2004, während seither wieder eine Zunahme der Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft ermittelt wurde.

Eine der wenigen Untersuchungen zur kognitiven Einstellungsakzeptanz zeigt, dass ein besseres Wissen um ökonomische Zusammenhänge zu einer höheren Akzeptanz führt.

Betrachtet man Indikatoren zur Handlungsakzeptanz, so ist das Bild weniger eindeutig als bei der affektiven Einstellungsakzeptanz. Gemessen an den Meinungsumfragen der Partei die LINKE nimmt die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft seit 2008 wieder zu. Die Zahl der Abwanderung aus Deutschland deutet hingegen seit 2008 auf eine abnehmende Zustimmung hin. Im Gegensatz dazu zeigt der Indikator „Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt“ seit 2009 eher wieder eine größer werdende Akzeptanz der Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft.

Wie soll man nun die unterschiedlichen Ergebnisse bzw. Richtrungen interpretieren? Zunächst mit Vorsicht, insbesondere was die Einstellungsakzeptanz angeht. Mit einer solchen Meinungsäußerung ist keinerlei Konsequenz für den sie Äußernden verbunden. Weder die Aussage „ich halte die Marktwirtschaft für wünschenswert“ noch „wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, würde ich die LINKE wählen“ entfaltet irgendeiner Bindungswirkung, die mit Kosten verbunden sein kann. Letztlich sind diese Aussagen nahe am – aus der Spieltheorie bekannten – cheap talk.

Mit Blick auf *Hirschman* könnte man bei einer negativen Einstellungsakzeptanz auch von loyalty sprechen: Die Unzufriedenheit mit dem Status quo ist – solange sie nicht in Handlungsakzeptanz umgesetzt wird – nicht so groß wie die Kosten, die für eine Änderung des Status quo. Kein Grund zur Aktivität für die „Unzufriedenen“ und kein Grund zur Besorgnis für die Befürworter der Marktwirtschaft. Dazu kommt, dass die Einschätzung der

Marktwirtschaft auch auf Vorurteilen beruhen kann – ebenso wie die Einstellung zur Demokratie, die *Caplan* (2007, S. 23 ff.) beschreibt.[40]

In vielen Befragungen zeigt sich, dass die Gerechtigkeit der sozialen Marktwirtschaft ein wesentliches Kriterium für die Akzeptanz dieser Ordnung ist: „Wer die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als ‚gerecht' empfindet, hat ganz überwiegend auch eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft (60 Prozent), wer diese als ‚nicht gerecht' bezeichnet, ist in deutlich geringerem Anteil von der sozialen Marktwirtschaft überzeugt (30 Prozent …)."[41]

Daher soll im nächsten Abschnitt die Frage der Gerechtigkeit einer (sozialen) Marktwirtschaft näher betrachtet werden. Auch dies geschieht zunächst wieder aus einer theoretischen Perspektive, die dann um empirische Daten erweitert wird.

D. Gerechtigkeit als Ursache von Akzeptanz

Der Begriff Gerechtigkeit wird im allgemeinen Sprachgebrauch sehr unterschiedlich verwendet (*Aßländer* 2011, S. 20f.). Im Kontext sozialer Gebilde wird er als Norm zur Beurteilung von Gesetzen, Regeln oder Institutionen herangezogen. Bezogen auf das soziale Gebilde einer Wirtschaftsordnung lässt sich Gerechtigkeit grundsätzlich auf drei Ebenen verorten (*Kersting* 2012, S. 153): Auf der Projektebene werden kleinformatige Gerechtigkeitsdiskurse etwa innerhalb von sozialen Sicherungssystemen oder von Teilsystemen der Wirtschaft geführt (z. B. Gerechtigkeit im Gesundheitssystem). Auf der Programmebene geht es um allgemeine sozialpolitische Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb einer sozialstaatlichen Gesamtkonzeption. Auf der höchsten Ebene wird Gerechtigkeit als Prinzip diskutiert, wenn gerechtigkeitsorientierte Sozialstaatsphilosophie entwickelt werden soll. Die im folgenden Abschnitt skizzierte, ordnungstheoretisch Perspektive ist in diesem Sinn auf der Programmebene angesiedelt.

I. Die ordnungstheoretische Perspektive

Die im Abschnitt C. I. erläuterte theoretische Idee der vollständigen Akzeptanz (Konsens) einer marktwirtschaftlichen Ordnung kommt ohne explizite Einbeziehung von Gerechtigkeit als Norm aus, sofern sie allein auf das Allokationsspiel abstellt. Freiwillige Transaktionen „unter Bedingungen des Wettbewerbs zwischen gleich starken Käufern und Verkäufern" lassen sich dort auch als Tauschgerechtigkeit bezeichnen (*von Weizsäcker* 1998, S. 259). Und auch wenn es um die grundlegende Idee der Re-Distribution geht, spielen

[40] Ich danke Thomas *Apolte* für zwei Hinweise: den auf die fehlende Bindungswirkung solcher Akzeptanzabfragen und den auf *Caplan* (2007).
[41] *BSt* (2010, S. 17) .

Gerechtigkeitsüberlegungen keine erkennbare Rolle. Es geht dabei nämlich nicht in erster Linie darum, wie umverteilt wird, sondern dass umverteilt wird.[42] Und letzteres wird wiederum – im Sinne einer Sozialpolitik für den Markt – mit Allokationsüberlegungen begründet und nicht mit Gerechtigkeitsüberlegungen.[43]

Aus der Sicht der liberalen Ordnungsökonomik stellt sich die Grundsatzfrage, ob der Begriff Gerechtigkeit überhaupt die richtige Kategorie zur Beurteilung einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist. Mit dem berühmten Zitat von *Hayek* (1977): „Mehr als zehn Jahre lang habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffes ‚soziale Gerechtigkeit' herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat."

Zur Einordnung dieser Aussage ist die bereits erwähnte Unterscheidung zwischen den Spielregeln, den Spielzügen und den Ergebnissen wichtig. Bezieht man den Begriff der Gerechtigkeit auf die Ebene der Spielregeln, so geht es um die Verfahrensgerechtigkeit der Marktwirtschaft, bezieht man ihn auf die Resultate so steht die Ergebnisgerechtigkeit der Wirtschaftsordnung im Fokus.

Vanberg (2005) argumentiert in Anlehnung an *Hayek*, dass – wenn überhaupt – die Idee der Gerechtigkeit nur auf das für Marktwirtschaften konstitutive Verfahren des Wettbewerbs bezogen werden kann. Die Spielregeln dieses Wettbewerbs sollen verfahrensgerecht, also im Wesentlichen nicht diskriminierend gestaltet sein. Gerechte Spielregeln im Allokationsspiel sorgen – so sich die Teilnehmer an die Regeln halten[44] – dafür, dass für die Betroffenen ein attraktives Spiel entsteht. Ein spezifischer Ausgang für einzelne Teilnehmer kann aber aus den Spielregeln ex ante nicht vorhergesehen werden. In diesem Sinne führt Verfahrensgerechtigkeit nicht zu einer Ergebnisgerechtigkeit, die in öffentlichen Diskussionen typischerweise als Verteilungsgerechtigkeit der Einkommen und Vermögen thematisiert wird. Marktwirtschaft so verstanden verlangt von ihren Teilnehmern vielmehr, „dass sie aus regelgerechtem Spielverlauf resultierende Ergebnisse auch dann akzeptieren, wenn sie für sie von Nachteil sind" (*Vanberg* 2005, S. 20). Dieses hohe Maß an Verständnis

[42] Bei der Frage, wie umverteilt wird, werden Gerechtigkeitskriterien eher relevant, da eine solche Umverteilung von nicht unmittelbar an den Tauschtransaktionen Beteiligten vorgenommen wird, i.d.R. vom Staat. Vgl. dazu auch die Unterscheidung zwischen einer kommutativen Gerechtigkeit und einer distributiven, etwa bei *von Weizsäcker* (1998, S. 258).

[43] *Aßländer* (2011, S. 19) formuliert drastisch: „Gerechtigkeit ist so per se ein „Fremdwort" innerhalb der Ökonomie – ", und fährt fort „was jedoch an dieser Stelle keinesfalls zu voreiligen Schlüssen Anlass geben soll."

[44] *Vanberg* (2005, S. 10) bezeichnet ein solches regelkonformes Verhalten als fair bzw. als Verhaltensgerechtigkeit.

ist – wie die Daten zur empirischen Akzeptanz zeigen – bei den betroffenen Bürgern nicht vorhanden.

Kersting (2012, S. 211) greift diese *Vanberg/Hayek*-Argumentation auf und differenziert sie. In seiner Interpretation sieht *Hayek* soziale Gerechtigkeit und insbesondere die daraus abgeleiteten politischen Handlungsempfehlungen als gesellschaftliche Globalsteuerung an. Komplexe Systeme wie Marktwirtschaften und Demokratien sind aber grundsätzlich nicht global steuerbar. Die Idee der Globalsteuerung konfligiert daher mit dem Freiheitsideal. Eingriffe in die Marktwirtschaft, im Sinne der Herstellung sozialer Gerechtigkeit, unterhöhlen dann die „normativen freiheitsrechtlichen Grundlagen von Markt und Demokratie“ (*Kersting* 2012, S. 212). Daran anknüpfend differenziert *Kersting* die Kritik von *Hayek* und weist darauf hin, dass die Idee von Gerechtigkeit nicht auf die Ergebnisse, also das Ende des Allokationsspiels ausgerichtet sein sollte, wie das von Hayek diskutiert wird, sondern auf seinen Anfang. Gerechtigkeit wird dann nicht zur Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen und Vermögen sondern zur Teilhabegerechtigkeit.[45] Es geht dann um die Möglichkeit der Teilhabe am Allokationsspiel. Chancengleichheit ist, so *Kersting* (2012, S. 224), „die Gerechtigkeit einer freiheitlichen Lebensordnung“ und bezieht sich insbesondere auf Bildungschancen.

Diese zunächst theoretische Idee, dass Gerechtigkeit sehr viel mit Chancengleichheit und Bildungschancen zu tun hat, findet sich auch in den empirischen Ergebnissen der Gerechtigkeitsforschung wieder. Wie bereits erwähnt, wurden gleiche Bildungschancen sowie ein hoher Beschäftigungsstand (also die Teilhabe am Marktspiel) in einer der unter C.II.1. angeführten Befragungen als die wichtigsten Ziele der sozialen Marktwirtschaft benannt (*BSt* 2011a, S. 4).

II. Die Erkenntnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung

Gerechtigkeitsforschung hat als theoretische, normative Forschung im Bereich von (Sozial-) Staatsphilosophien eine lange Tradition. Hier werden die Spielregeln für eine Staatsordnung gesucht, die normativ formulierten Prinzipien der Gerechtigkeit entsprechen (vgl. exemplarisch und grundlegend *Rawls* 1988). Im Gegensatz dazu ist die empirische Gerechtigkeitsforschung noch sehr jung (*Schrenker/Wegener* 2007, S. 4f.). Wesentliche Beiträge in diesem Bereich kommen zunächst aus der Psychologie und der Soziologie (vgl.

[45] „Der Grundsatz der freiheitsrechtlich begründeten sozialen Gerechtigkeit lautet daher: die institutionellen Rahmenbedingungen individuellen Lebens sind so zu gestalten, dass alle Bürger nicht nur vor dem Gesetz gleich sind, sondern auch annähernd gleiche Lebenschancen vorfinden, das heißt, die annähernd gleiche Chance haben, sich in entsprechenden Ausbildungseinrichtungen in eine ihren Talenten, Fähigkeiten und Begabungen angemessene lebenskarrierepolitische Startposition zu bringen.“ *Kersting* (2012, S. 224).

Irlenbusch 2003, S. 352), seit einigen Jahren beschäftigt sich aber auch die experimentelle Ökonomik immer mehr mit Fragen von Gerechtigkeit und Fairness (z.B. grundlegend *Fehr/Schmidt* 2005).

Ausgangspunkt der sozialwissenschaftlichen empirischen Gerechtigkeitsforschung ist die Konzeptionalisierung von Gerechtigkeit als sozialer Norm, die als klug eingesetztes Instrument produktive Wirkung entfaltet (*Liebig* 2010, S. 14). Diese Wirkung entfaltet sie sowohl als Verfahrensgerechtigkeit (Gerechtigkeit der Spielregeln) wie auch als Gerechtigkeit der Spielzüge. Mit diesem Ansatz wird die empirische Gerechtigkeitsforschung kompatibel zur Institutionenökonomik, in deren Terminologie Gerechtigkeit eine informelle Institution darstellt.

Um zu analysieren, wie Gerechtigkeit als Institution wirkt, ermittelt die empirische Gerechtigkeitsforschung in einem ersten Schritt subjektiv wahrgenommene Ungerechtigkeiten. In einem zweiten Schritt werden dann Auswirkungen des Ungerechtigkeitsempfindens auf das Verhalten der betroffenen Akteure untersucht. Auch dieses Vorgehen kann im ökonomischen Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens abgebildet werden. Gerechtigkeit wird dann zum Maßstab, mit dem man in Kooperationsbeziehungen abschätzen kann, ob die eigene Kooperationsbereitschaft (vermutlich) ausgenutzt wird. Wenn nämlich wahrgenommene Ungerechtigkeiten auf der Verfahrensebene bestehen, so folgt daraus die Erwartung, dass andere sich nicht an die Regeln halten. Auf Basis dieser Erwartungen wird eine Anpassung des eigenen Verhaltens vorgenommen, die dazu führt, dass die Leistungsfähigkeit des Kollektivs, in dem die Verfahrensregeln gelten, sinkt (*Liebig* 2011).

Diese Zusammenhänge lassen sich exemplarisch in einem Feld-Experiment von *Greenberg* (1990) verdeutlichen. Hier wurden jeweils Gehaltskürzungen in Höhe von 15 Prozent in zwei Betriebsstätten eines Unternehmens vorgenommen. In der ersten Betriebsstätte erfolgte diese Kürzung mit einer Erläuterung der Gründe für die Kürzung, in der zweiten Betriebsstätte ohne Erläuterung. Als Kontrollgruppe wurden die Beschäftigten in einer dritten Betriebsstätte herangezogen; dort wurden keine Kürzungen vorgenommen. Im Ergebnis zeigte sich eine deutliche Zunahme der Diebstahlsquote in den Betriebsstätten, in denen Gehaltskürzungen eingeführt wurden. Greenberg führt das darauf zurück, dass das Ergebnis, also die Lohnkürzung, als ungerecht empfunden wurde und die Diebstähle als Kompensation der Einkommensverluste zunahmen. Ebenso wurde aber auch das Gerechtigkeitsempfinden der Betroffenen in Bezug auf das gewählte Verfahren (mit Erläuterung/Begründung der Notwendigkeit vs. ohne Begründung) untersucht. Dabei zeigte sich, dass die Diebstahlquote

in der Betriebsstätte ohne Begründung doppelt so hoch war wie die Diebstahlquote in der Betriebsstätte mit einer Begründung. Im Ergebnis zeigt die Studie, dass die Performance von Unternehmen bei (i) ungerecht empfundenen Ergebnissen und bei (ii) ungerecht empfundenen Verfahren sinkt.

Die empirische Gerechtigkeitsforschung zieht aus solchen Untersuchungen den Schluss, dass subjektiv wahrgenommene Ungerechtigkeiten sowohl verhaltensbezogene Reaktionen hervorrufen als auch einstellungsbezogene Reaktionen (*Liebig* 2010, S. 18f.). Verhaltensbezogene Reaktionen bestehen in Unternehmen etwa in einer allgemeinen Leistungszurückhaltung wie auch in einer Zunahme der Fehlzeiten am Arbeitsplatz (und entsprechen somit der unter C.II.3. beschriebenen Handlungsakzeptanz). Einstellungsbezogene Reaktionen (ähnlich der Einstellungsakzeptanz) sind eine geringere Bindung an die Organisation, ein geringeres Vertrauen in die Organisation, eine geringere Leistungsmotivation sowie ein geringeres individuelles Engagement.

Wahrgenommene Gerechtigkeit ist dann wichtig zur Realisierung und Stabilisierung freiwilliger Kooperationen. Sie wird insbesondere als Regelgerechtigkeit zum Gebot der (ökonomischen) Klugheit, um die Leistungsfähigkeit eines Kollektivs zu verbessern. Diese Überlegungen lassen sich auch auf die Gerechtigkeit der Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft übertragen.

Mit Blick auf die *ordnungsbezogene Gerechtigkeit* zeigen die Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung zunächst, dass marktwirtschaftliche Systeme, die – wie oben erläutert – zu einer ungleichen Einkommensverteilung führen, nicht grundsätzlich als ungerecht empfunden werden (*Wegener/Liebig* 2010). Gerechtigkeitsvorstellungen werden hier auf die grundlegenden Verfahren der Güter- und Einkommensverteilung bezogen und in vier Muster unterschieden: Individualismus und Egalitarismus sowie Askriptivismus und Fatalismus.[46] Innerhalb jedes Musters übernimmt eine andere Institution die Verantwortung für die gerechte Verteilung (*Wegener/Liebig* 2010, S. 89).[47]

Der marktwirtschaftlichen Logik entspricht dabei der Individualismus. In diesem Muster werden Ungleichheiten in der Güter- und Einkommensverteilung als gerecht angesehen. Sie

[46] C. Christian *von Weizsäcker* hat mich darauf hingewiesen, dass die Einstellungen Individualismus und Fatalismus sich auch in der *Bénabou-Tirole*-Theorie wieder finden. Vgl. dazu *von Weizsäcker* (2011) mit Verweis auf *Bénabou /Tirole* (2006).

[47] Die Muster Askriptivismus und Fatalismus werden im Folgenden nicht weiter betrachtet. Die Idee des Askriptivismus sieht Ungleichheiten als gerecht an und führt sie auf Gruppenzugehörigkeiten (wie etwa Adel) zurück. Die Verteilung erfolgt hier quasi durch Geburt. Hingegen ist das Kennzeichen des Fatalismus, dass auf eine Gerechtigkeitsforderung verzichtet wird. Die Verteilung wird dem Schicksal zugeschrieben – damit fehlt ein verantwortlicher Akteur, der bei Verteilungsfragen adressiert werden könnte.

werden als Ergebnis von Leistungsunterschieden nicht nur akzeptiert sondern sind erwünscht, da sie Leistungsanreize vermitteln. Die Institution, die diese Verteilung am besten gewährleistet, ist der Markt. Das diametral entgegengesetzte Muster wird als Egalitarismus bezeichnet. Gerechtigkeit bedeutet hier Gleichheit, sowohl von Chancen als auch von Ergebnissen. Eine gerechte Verteilung basiert dann auf dem Gleichheitsprinzip. Die Realisierung dieses Verteilungszustands muss durch den Staat erfolgen.

Wie schon bei den empirischen Erhebungen zur Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft zeigen sich auch bei der Akzeptanz dieser Gerechtigkeitsmuster deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (*Wegener/Liebig* 2010, S. 90).[48] Die Zustimmung zum Individualismus stieg von 1991 bis zum Jahr 2000 in Westdeutschland leicht an und ging dann bis zum Jahr 2006 zurück. Parallel dazu stieg die Zustimmung zum Egalitarismus in Westdeutschland von 2000 bis 2006 an. Rückübersetzt auf die Ebene der Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft bedeutet dies einen Rückgang der Akzeptanz ihrer Spielregeln. In Ostdeutschland ist die Zustimmung zum Individualismus von der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2006 kontinuierlich zurückgegangen. Hingegen ist die Zustimmung zum Egalitarismus nach der Wiedervereinigung zunächst deutlich zurückgegangen, von 1996 bis 2006 dann aber nahezu konstant geblieben – und das auf einem deutlich höheren Niveau als in Westdeutschland. Die Zunahme der Zustimmung zum Egalitarismus bedeutet gleichzeitig eine Abnahme der Zustimmung zu den Spielregeln der Marktwirtschaft in Ostdeutschland und eine Zunahme des Wunsches nach staatlicher Umverteilung.

Neben der ordnungsbezogenen Gerechtigkeit wird im Rahmen der empirischen Gerechtigkeitsforschung auch die *ergebnisbezogene Gerechtigkeit* (im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen) untersucht. Dies erfolgt seit 2005 auf Basis des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), in dem die Befragten eine Bewertung des eigenen Einkommens anhand ihres Gerechtigkeitsempfindens vornehmen (*Wegener/Liebig* 2010, S. 87 sowie *Liebig/Valet/Schupp* 2010).[49]

Dabei zeigt sich, dass im Jahr 2009 31 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland ihr eigenes Einkommen für ungerecht hielten (Abbildung 8). Auch hier gibt es große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Während in den alten Bundesländern nur 28 Prozent der

[48] Die Daten, die von den Autoren analysiert wurden, stammen aus den Erhebungen des International Social Justice Project (ISJP). Vgl. dazu auch *Schrenker/Wegener* (2007).
[49] Daten für die Zeit vor 2005 wurden wiederum im International Social Justice Project (ISJP) erhoben.

Erwerbstätigen ihr Einkommen für ungerecht hielten, waren es in den neuen 45 Prozent (*Liebig/Valet/Schupp* 2010, S. 12f.).[50]

Die im Zeitablauf veränderte wahrgenommene Einkommensgerechtigkeit wird von den Autoren antizyklisch zum Konjunkturverlauf erklärt. Ihre These lautet: *In Krisenzeiten mit niedrigem Wachstum wird das Einkommen eher als gerecht empfunden, während es in Aufschwungsphasen mit hohem Wachstum eher als ungerecht empfunden wird.* (*Liebig/Valet/Schupp* 2010, S. 15).[51] Diese These ist angesichts der drei verfügbaren Beobachtungszeitpunkte gewagt. Wenn diese Logik zutreffen sollte, müsste der Anteil der als ungerecht empfundenen Einkommen angesichts der guten konjunkturellen Entwicklung seit dem Jahr 2009 wieder angestiegen sein. Man kann also gespannt sein auf die Ergebnisse der nächsten SOEP-Welle.

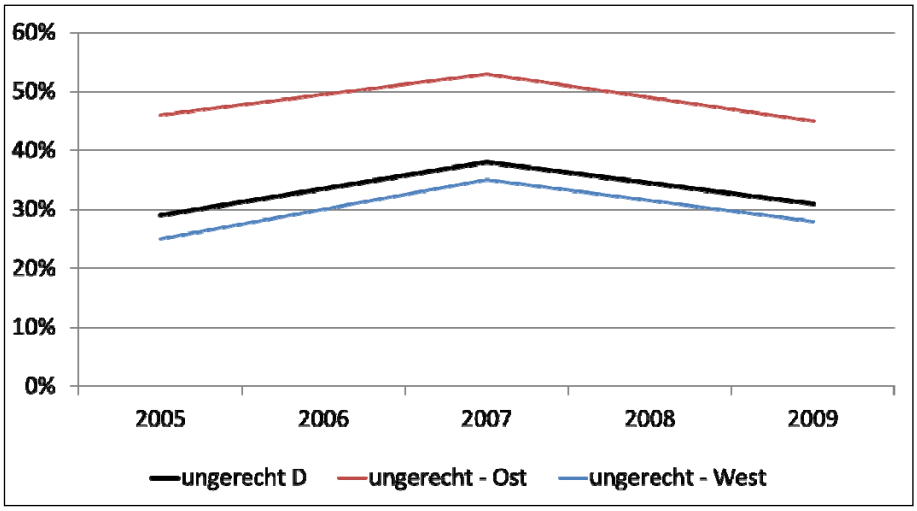

Abbildung 8: Anteil der Erwerbstätigen, die ihr Einkommen für ungerecht halten[52]

Die im Zeitablauf veränderte wahrgenommene Einkommensgerechtigkeit wird von den Autoren antizyklisch zum Konjunkturverlauf erklärt. Ihre These lautet: *In Krisenzeiten mit niedrigem Wachstum wird das Einkommen eher als gerecht empfunden, während es in Aufschwungsphasen mit hohem Wachstum eher als ungerecht empfunden wird.* (*Liebig/Valet/Schupp* 2010, S. 15).[53] Diese These ist angesichts der drei verfügbaren Beobachtungszeitpunkte gewagt. Wenn diese Logik zutreffen sollte, müsste der Anteil der als ungerecht empfundenen Einkommen angesichts der guten konjunkturellen Entwicklung seit

[50] Über die drei Beobachtungszeitpunkt 2005, 2007 und 2009 hinweg waren die Einschätzungen der Befragten recht stabil (*Liebig/Valet/Schupp* 2010, S. 13): 51 Prozent der Befragten hielten ihr eigenes Einkommen an allen Befragungszeitpunkten für gerecht, 13 Prozent konstant als ungerecht während 36 Prozent ihrer Einschätzung im Zeitablauf veränderten (Daten wieder für gesamtes Bundesgebiet).
[51] Vgl. *Liebig/Valet/Schupp* (2010, S. 15).
[52] Quelle: *Liebig/Valet/Schupp* (2010).
[53] Vgl. *Liebig/Valet/Schupp* (2010, S. 15).

dem Jahr 2009 wieder angestiegen sein. Man kann also gespannt sein auf die Ergebnisse der nächsten SOEP-Welle.

Aus der hier angeführten Argumentation ist jedoch eine höhere empfundene Ungerechtigkeit mit einer geringeren Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft verbunden. Daraus lässt sich eine Gegenthese zu *Liebig/Valet/Schupp* (2010) aufstellen. Sie lautet: *Mit höherer Akzeptanz – also mit niedrigerer Ungerechtigkeit – steigt die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft an.* Diese These soll im nächsten Abschnitt anhand der verfügbaren Daten diskutiert werden.

E. Zusammenfassung und Ausblick

Die Betrachtung der empirischen Daten zur Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und zur empfundenen Ungerechtigkeit ihrer Spielregeln zeigen, dass sich beide Größen im Zeitablauf verändern. Die Akzeptanzwerte verändern sich, wenn die in B.I. beschriebenen Akzeptanzursachen sich verändern. Die Gerechtigkeitsempfindungen können sich verändern, wenn sich der Kontext, auf den sich die formellen Spielregeln beziehen, verändert – oder die formellen Spielregeln selbst (*Liebig* 2010, S. 24). In (sozialen) Marktwirtschaften ist, gemäß dem Gerechtigkeitsmuster des Individualismus, die Verteilung über marktliche Mechanismen dominierend. Da, wie bereits in Abschnitt D.I. beschrieben, die am Ende des Marktspiels stehende Verteilungsgerechtigkeit nur sehr schwer anhand von Gerechtigkeitskriterien zu beurteilen ist, werden auch aus Sicht der empirischen Gerechtigkeitsforschung Spielregeln, die eine Chancen- bzw. Zugangsgerechtigkeit gewährleisten, für die Beurteilung der sozialen Marktwirtschaft immer wichtiger.

Anknüpfend an die in Abschnitt B.I. präsentierten möglichen Ursachen von Akzeptanz hat dieser Beitrag versucht, anhand von theoretischen Überlegungen und empirischen Daten eine zweiteilige Argumentationskette aufzubauen. Im Anschluss an eine detaillierte Betrachtung der vorhandenen Daten zur Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft wurde in einem ersten Schritt versucht darzustellen, dass die wahrgenommene Gerechtigkeit die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft beeinflusst. In einem zweiten Schritt sollte gezeigt werden, dass diese Akzeptanz (im Sinne der Handlungsakzeptanz) Einfluss auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsordnung hat.

I. Leistungsfähigkeit als Folge – und Ursache – von Akzeptanz?

Die Analysen der empirischen Gerechtigkeitsforschung weisen darauf hin, dass Spielregeln, die von den betroffenen Kollektivmitgliedern als nicht gerecht empfunden werden, zu einer geringeren Leistungsfähigkeit des Kollektivs führen. Dies wird mit Leistungszurückhaltung

und/oder Ausweichreaktionen begründet. Leistungszurückhaltung erfolgt innerhalb der als ungerecht empfundenen Spielregeln. Mit Ausweichreaktionen versuchen die Betroffenen, diesen Spielregeln zu entkommen. In diesem Sinne lässt sich die in Abbildung 7 dargestellte Schattenwirtschaft als verhaltensbezogene Reaktion (i.S. der Handlungsakzeptanz) auf ein als ungerecht empfundenes Steuer- und Abgabensystem und/oder eine als ungerecht empfundene Arbeitsmarktverfassung interpretieren. Hier können die als ungerecht empfundenen Ergebnisse (also ein zu niedriges Einkommen) kompensiert werden.

Damit wird das Gerechtigkeitsempfinden – über den Zwischenschritt der Akzeptanz – zu einer möglichen Determinante der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft (gemessen als Sozialprodukt).

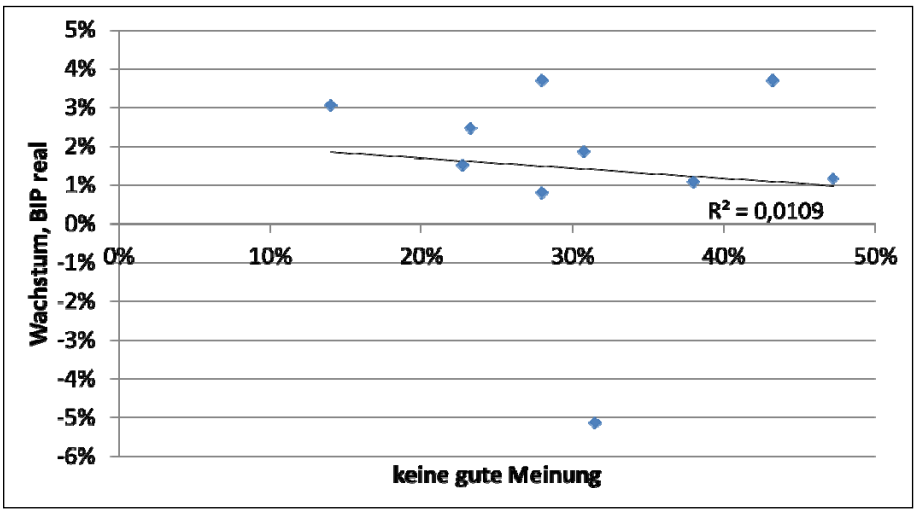

Abbildung 9: Wirtschaftswachstum und Ablehnung der Marktwirtschaft

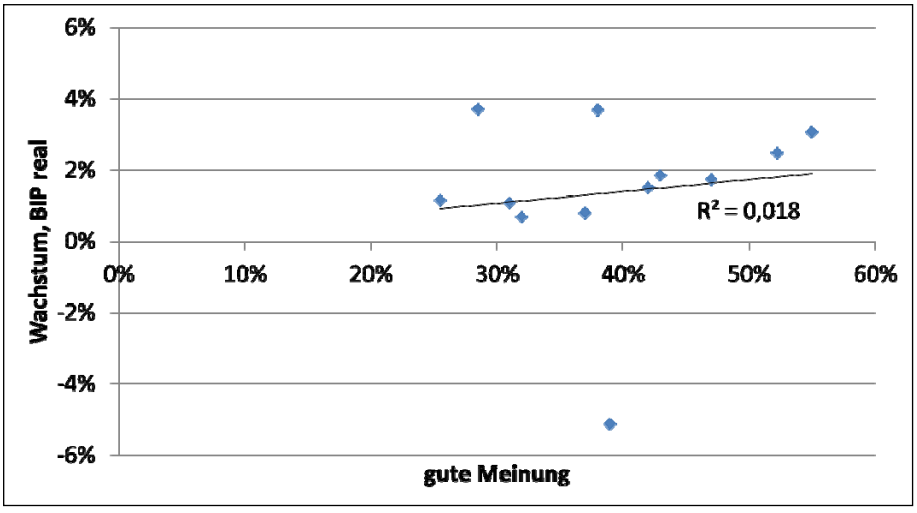

Abbildung 10: Wirtschaftswachstum und Zustimmung zur Marktwirtschaft

Gleichzeitig wird die Veränderung dieses Sozialprodukts aber auch eine mögliche Determinante der Akzeptanz: Ist die Veränderung des Sozialprodukts positiv, so ist c.p. mit einer höheren Akzeptanz der Wirtschaftsordnung zu rechnen. Dies kann mit der

Beobachtbarkeit[54] der positiven wirtschaftlichen Entwicklung begründet werden, die sowohl zu einer besseren Güterversorgung als auch zu einer höheren Beschäftigung und oftmals steigenden Löhnen führtIn Abbildung 9 und Abbildung 10 sind daher die in Abbildung 1 dargestellten Daten über die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Jahren gegenübergestellt.[55]

Beide Abbildungen zeigen eine schwache Korrelation in Richtung der oben formulierten Gegenthese: höhere Wachstumsraten korrelieren mit höheren Akzeptanzwerten, niedrigere Akzeptanzwerte korrelieren mit geringeren Wachstumsraten. Diese Ergebnisse sind jedoch aufgrund der schwachen Datenbasis mit entsprechender Vorsicht zu genießen.

Gleiches gilt für den in Abbildung 11 dargestellten Zusammenhang. Um die These zu diskutieren, dass die Akzeptanz sich positiv auf die Leistungsfähigkeit auswirkt, sind hier die Zustimmungsdaten abgetragen – mit den um ein Jahr nach hinten versetzten BIP-Wachstumsraten. Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang in der erwarteten Richtung, wieder mit sehr schwacher Korrelation.

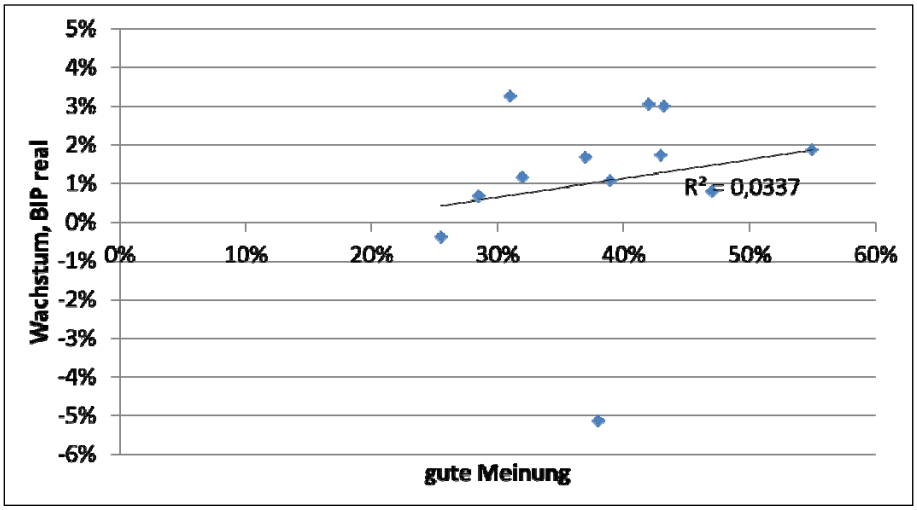

Abbildung 11: Zustimmung zur Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum im Folgejahr

II. Ansatzpunkte zur Erhöhung von Akzeptanz

Geht man, wie oben skizziert, davon aus, dass eine geringere Akzeptanz der Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft zu Ausweichreaktionen im Sinne der Handlungsakzeptanz führt, so reduziert eine niedrige Akzeptanz, wie oben dargestellt, c.p. auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft(sordnung). Will man eine solche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit vermeiden oder verringern, so gilt es Ansatzpunkte zur Erhöhung der Akzeptanz der sozialen Markwirtschaft zu finden.

[54] Vgl. zur Beobachtbarkeit als möglicher Ursache für Akzeptanz wiederum Abschnitt B.I.
[55] Vgl. zu den verwendeten Daten die Angaben im Anhang.

Dazu bietet es sich an, wieder auf die in Abschnitt B.I. angeführten möglichen Ursachen für Akzeptanz zurückzugreifen. Für den Bereich der Wirtschaftsordnung relevant sind insbesondere vier Ursachen: der relative Vorteil, die Kompatibilität, die Komplexität, sowie die Beobachtbar- bzw. Erfahrbarkeit.

Mit Blick auf den *relativen Vorteil* der sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung lassen sich die Unterschiede zwischen der Akzeptanz in Ost- und in Westdeutschland begründen. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern hat aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Transformation andere Möglichkeiten, relative Vor- und Nachteile einer Wirtschaftsordnung zu beurteilen. Historisch betrachtet lässt sich so die Entwicklung der Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern begründen. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung waren zunächst große Hoffnungen mit der neuen Wirtschaftsordnung verbunden; eine Ordnung, die man (im Sinne des nirwana approaches) aber nicht kannte. Im Laufe der Zeit stellte sich dann eine gewisse Desillusionierung ein, die mit einem (möglicherweise verklärten) Rückblick auf die „alten Zeiten" zu einer schlechteren Akzeptanz der neuen Ordnung führte. Erst seit 2004 steigt die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland wieder an. Dieses Muster der Akzeptanzveränderung ist ähnlich zu dem, das etwa in Polen zu beobachten ist: Auch dort ging die Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung von 2000 bis 2006 zurück und stieg erst danach wieder an (*CBOS* 2009).

Auch die *Kompatibilität* der Wirtschaftsordnung mit den Gerechtigkeitsvorstellungen ist offensichtlich zwischen Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. Auch hier spielt der unterschiedliche Erfahrungshintergrund der Bevölkerung eine Rolle. Folgender Ansatzpunkt zur Erhöhung der Akzeptanz lässt sich ableiten: Umverteilungsmaßnahmen zur Absicherung gegen Risiken werden in der sozialen Marktwirtschaft wichtig bleiben, wenn man die formalen Spielregeln kompatibel machen will zu den Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen. Wie die Analyse in Abschnitt D.II. gezeigt hat, reduzieren Spielregeln, die den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung entsprechen, Ausweichreaktionen und erhöhen damit die Handlungsakzeptanz. Anders formuliert: Es sind die „mit erfahrenen Ungerechtigkeiten verbundenen individuellen Reaktionen, die moderne wissensbasierte Gesellschaften schwächen können" (*Liebig* 2011).[56] Wie aber bereits vom Wissenschaftlichen Beirat betont, muss bei der Ausgestaltung dieser Umverteilungsmechanismen künftig (wie bisher) darauf geachtet werden, dass auf Seiten der Abgebenden nicht die Leistungsanreize

[56] Da dies kein rein deutsches Problem ist, wird die (soziale) Gerechtigkeit auch in internationalen Vergleichsstudien untersucht. Vgl. z.B. *BSt* (2011b).

ausgehöhlt werden, die für das Funktionieren der Marktwirtschaft konstitutiv sind (*WissBeirat* 2009, S. 26ff.). Hier gilt es, einen geeigneten institutionellen Rahmen für eine Sozialpolitik für den Markt zu finden.

Darüber hinaus muss beachtet werden, dass die *Komplexität* der Spielregeln im Bereich der Allokation und der (Re-)Distribution nicht zu groß wird, denn eine zu hohe Komplexität verringert das Verständnis für die Logik und damit auch die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft. An dieser Stelle könnte eine bessere ökonomische Bildung der Bevölkerung, die typischerweise in der Schule vermittelt wird, das Verständnis – und damit die kognitive Akzeptanz – der sozialen Marktwirtschaft verbessern (so auch Enste/Haferkamp/Fetchenhauer 2009, S. 74). Die Ergebnisse der in Abschnitt C.I.2. angeführten Studie von *Würth/Klein* (2001) legen diese Empfehlung nahe.[57,58]

Schließlich bleibt noch der Punkt der *Beobachtbarkeit.* Hier hatte der wissenschaftliche Beirat zu Recht darauf hingewiesen, dass die soziale Marktwirtschaft ihre Bewohner durch ihre Leistung überzeugen kann und muss. Wie oben skizziert, führt eine höhere Leistungsfähigkeit c.p. zu einer höheren Akzeptanz und erhöht gleichzeitig den relativen Vorteil der sozialen Marktwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsordnungen; ebenso wird die Leistungsfähigkeit durch die Akzeptanz beeinflusst.

III. Eine Analogie: Marktwirtschaft und Demokratie

Die Frage der Akzeptanz, der Gerechtigkeit und der Leistungsfähigkeit einer Ordnung ist keine genuin ökonomische. Genauso, wie in den hier präsentierten Umfragen die Akzeptanz der Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung erfasst wird, gibt es Untersuchungen, welche die Akzeptanz der Demokratie als politischer Ordnung untersuchen.[59] Dort werden Gründe für die so genannte Politikverdrossenheit ermittelt, die zu einer geringeren Akzeptanz, einer geringeren Leistungsfähigkeit und damit zu einer Destabilisierung des politischen Systems führen. Und auch dabei stellt sich die Frage, wie man die Akzeptanz der demokratischen Ordnung verbessern kann, um das demokratische System zu stabilisieren. Auch hier scheint eine Lösungsmöglichkeit in der adäquaten Ausgestaltung der Institutionen zu liegen, mit denen die potentiellen Verlierer abgesichert werden. Dazu schreiben *Anderson/Guillory* (1997, S. 66):

---

[57] Remmele (2012) gelangt zu ähnlichen Ergebnissen, allerdings auf deutlich schwächere Datenbasis.

[58] Mit der allgemeinen Forderung nach besserer ökonomischer Bildung ist natürlich auch die Detailfrage verbunden, was denn eine gute ökonomische Bildung ist. Soll die Akzeptanz der Marktwirtschaft gestärkt werden, ist eine gute ökonomische Bildung diejenige, welche die Vorteile von Märkten herausstellt. Vgl. dazu kritisch *Möller/Hedtke* (2011).

[59] Vgl. z.B. *Norris* (Hg./1999) oder *Carlin* (2011).

„Democracy is about winning and losing at election time. Yet, democratic governance is also about how the political system deals with the winners and losers of democratic contests after the election is over. Because some political systems compensate the minority while others allow the majority to implement policies unchallenged, the extent to which either group is satisfied with the workings of democratic governance varies systematically by type of democracy. Put differently, because winning and losing have different consequences as a result of differently structured democratic institutions, the way people feel about the way democracy works is affected by the kind of system in which they live."

Ersetzte man in diesem Zitat den Begriff Demokratie durch den Begriff Marktwirtschaft, bliebe die Kernaussage erhalten.

F. Literatur

Albert, D./K*app,* F */Voss*, F. (2008): Psychologische Aspekte von E – Learning Readiness: Beitrag des Arbeitsbereichs Allgemeine Psychologie, Institut für Psychologie, Universität Graz zu einer D-ELAN Checkliste. Abruf am 16.05.2012 unter http://wundt.uni-graz.at/publicdocs/publications/file1206947260.doc.

Allensbach – Institut für Demoskopie (2012): Befragungsdaten in Ost- und Westdeutschland „Eine Frage zum Wirtschaftssystem in Deutschland: Haben Sie vom Wirtschaftssystem in Deutschland ein gute Meinung oder keine gute Meinung?", Allensbach.

Aßländer, M.S. (2011): Ist Gerechtigkeit eine Kategorie der Ökonomie?, in: *Blum*, U./ Oberreuter, H. (Hg.): Menschenwürdige Wirtschaftsordnung. Sonderheft des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle 2/2011, S.19–37.

Aufderheide, D. (1996): Konstitutionelle Ökonomik versus Theorie der Wirtschaftspolitik: Herausforderung des Herausforderers, in: *Pies*, I./ *Leschke*, M. (Hg.), James Buchanans konstitutionelle Ökonomik, Tübingen, S. 184-192.

Bénabou, R./*Tirole*, J. (2006): Belief in a Just World and Redistributive Politics, in: The Quarterly Journal of Economics 121(2), S. 699–746.

Boockmann, B./ *Döhrn* R./*Groneck*, M./*Verbeek*, H. (2010): Abschätzung des Ausmaßes der Schwarzarbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Forschungsbericht Nr. 399, Tübingen/Essen, Abruf am 16.05.2012 unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsbericht-fb399.pdf;jsessionid=C58F15B379698025E8D78838F4CCB54F?__blob=publicationFile.

BSt – Bertelsmann Stiftung (2010): Allensbach-Umfrage Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010, Gütersloh, Abruf am 16.05.2012 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-9BD3C182-C2DAEF01/bst/Allensbach_Studie_Soziale_Marktwirtschaft_08-02-2010.pdf.

BSt – Bertelsmann Stiftung (2011a): infas-Umfrage: Zukunft soziale Marktwirtschaft, April 2011, Gütersloh, Abruf am 16.05.2012 unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33801_33802_2.pdf.

BSt – Bertelsmann Stiftung (2011b): Das Soziale sozialer Marktwirtschaften – Gerechtigkeit in Europa, Policy Brief 2011/01, Gütersloh, Abruf am 16.05.2012 unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33330_33343_2.pdf.

Buchanan, J. (1964): What should economists do? Southern Economic Journal 30, pp. 213–222.

Bundeswahlleiter (2012): Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1990 für das frühere Bundesgebiet und Berlin-West sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost, Abruf am 16.05.2012 unter http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab90_ost_west.pdf.

Bürg, O./ *Mandl*, H. (2004): Akzeptanz von E-Learning in Unternehmen, Forschungsbericht Nr. 167, Department Psychologie, Institut für Pädagogische Psychologie, München, Abruf am 16.05.2012 unter http://epub.ub.uni-muenchen.de/328/1/FB_167.pdf.

Bürg, O./Roesch, S./Mandl, H. (2005): Die Bedeutung von Merkmalen des Individuums und Merkmalen der Lernumgebung für die Akzeptanz von E-Learning in Unternehmen, Forschungsbericht Nr. 173, Department Psychologie, Institut für Pädagogische Psychologie, München, Abruf am 16.05.2012 unter http://epub.ub.uni-muenchen.de/561/1/FB_173.pdf.

Caplan, B. (2007): The Myth of the Rational Voter, Princeton, Oxford.

Carlin, R. E. (2011): Distrusting Democrats and Political Participation in New Democracies: Lessons from Chile, in: Political Research Quarterly 64(3), pp. 668–687.

CBOS – Public Opinion Research Center (2009): Acceptance of market economy after 20 years of transformation, in: Polish Public Opinion 03/2009, Warschau, S. 1–2, Abruf am 16.05.2012 unter http://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2009/03_2009.pdf .

Cipriani, G.P./*Lubian*, D./*Zago*, A. (2009): Natural born Economists?, in: Journal of Economic Psychology 30, pp. 455–468.

Destatis – Statistisches Bundesamt (2012): Bruttoinlandsprodukt (Vierteljahres- und Jahresangaben), Abruf am 16.05.2012 unter http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/Tabellen/Content75/BruttoinlandVierteljahresdaten,property=file.xls.

Enste, D. H / Haferkamp, A./ Fetchenhauer, D. (2009): Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien – Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 10, S. 60–78.

Erlei, M./*Leschke*, M./*Sauerland*, D. (2007): Neue Institutionenökonomik, 2. Aufl., Stuttgart.

Eucken, W. (1949): Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: ORDO 2, S. 1–99.

Eucken, W. (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, postum veröffentlicht von *Eucken*, E./ *Hensel*, K. (Hg.), Bern, Tübingen.

Fehr, E./*Schmidt*, K.M. (2005): The economics of Fairness, Reciprocity and Altruism, Munich Discussion Papers No. 2005-20, München Abruf am 16.05.2012 unter http://epub.ub.uni-muenchen.de/726/1/Fehr-Schmidt_Handbook_2005-Munichecon.pdf.

Forschungsgruppe Wahlen (2012): Politbarometer Abruf am 16.05.2012 unter http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion.

Fuchs, D. (1999): The Democratic Culture of Unified Germany, in: *Norris*, P. Hg.), Critical Citizens – global Support for Democratic Governance, Oxford, pp. 123–145.

Greenberg, J. 1990): Employee theft as a reaction to underpayment inequity: The hidden costs of pay cuts, in: Journal of Applied Psychology 75(5), pp. 561–568.

*Hayek*von, F.A. (1977): Soziale Gerechtigkeit – eine Fata Morgana, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. April 1977, S. 13.

Hayek von, F.A. (1983): Die Verfassung der Freiheit, 2. Aufl., Tübingen.

Hayek von, F.A. (2003): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: *Hayek*, F.A. Rechtsordnung und Handelnsordnung – Aufsätze zur Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 132-149.

Hirschman, A. O. (1970): Exit, Voice and Loyalty, Cambridge/Mass.

IAW – Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (2012): Schattenwirtschaftsprognose 2012: Weiterer Rückgang erwartet, Pressemitteilung vom 24.01.2012, Tübingen
Abruf am 16.05.2012 unter
http://www.iaw.edu/w/IAWPDF.php?id=920&name=iaw_pm_01_2012_Schattenwirtschaftsprognose.pdf.

Infratest dimap (2012): ARD Deutschland Trend Februar 2012: Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und zwei Tageszeitungen,
Abruf am 16.05.2012 unter http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1202_bericht.pdf.

Irlenbusch, B. (2003): Auf der Suche nach Gerechtigkeit - eine empirische Herangehensweise, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 4/3, S. 351–371.

Karsten, S.G. (1985): Eucken's 'Social Market Economy' and Its Test in Post-War West Germany, in: American Journal of Economics and Sociology, 44(2), pp. 169–183.

Kersting, W. (2012): Wie gerecht ist der Markt? Ethische Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft, Hamburg.

Kollmann, T. (1998), Akzeptanz innovativer Nutzungsgüter und -systeme, Wiesbaden.

Lanteri, A. (2008): (Why) do selfish people self-select in economics?, in: Erasmus Journal for Philosophy and Economics 1(1), pp. 1–23
Abruf am 16.05.2012 unter http://ejpe.org/pdf/1-1-art-1.pdf.

Leschke, M./ Sauerland, D. (2000): „Zwischen“ Pigou und Buchanan? Der Beitrag von Ronald Coase zu einer institutionenorientierten Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Pies, I./*Leschke*, M. (Hg.), Ronald Coase‘ Transaktionskostenansatz, Tübingen, S. 181–210.

Liebig, St. (2010): Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Empirische Befunde aus den Sozial- und Verhaltenswissenschaften, in: Roman Herzog Institut (Hg.): Warum ist Gerechtigkeit wichtig?, München, S. 10–27,
Abruf am 16.05.2012 unter
http://www.romanherzoginstitut.de/uploads/tx_mspublication/rhi_warum_ist_gerechtigkeit_wichtig.pdf.

Liebig, St. (2011): Warum wir uns keine Ungerechtigkeiten mehr leisten können, in: WSI Mitteilungen 1/2011, S. 2.

Liebig, St./*Valet*, P./*Schupp*, J. (2010): Wahrgenommene Einkommensgerechtigkeit konjunkturabhängig, in: DIW Wochenbericht 27-28, S. 11–16.

Möller, L./*Hedtke*, R. (2011): Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, working paper no. 1, initiative für eine bessere ökonomische bildung, Bielefeld,
Abruf am 16.05.2012 unter http://www.iboeb.org/moeller_hedtke_netzwerkstudie.pdf.

Müller-Böling, D./Müller,M. (1986): Akzeptanzfaktoren der Bürokommunikation, München, Wien.

Norris, P. (Hg.) (1999), Critical Citizens – global Support for Democratic Governance, Oxford.

o.V. (2010): Neun von zehn Deutschen fordern neue Wirtschaftsordnung, in: Spiegel online vom 18. August 2010,
Abruf am 16.05.2012 unter http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,712524,00.html.

Quiring, O. (2006): Methodische Aspekte der Akzeptanzforschung bei interaktiven Medientechnologien, Münchener Beiträge zur Kommunikationswissenschaft Nr.6, Dezember 2006, München,
Abruf am 16.05.2012 unter http://epub.ub.uni-muenchen.de/1348/1/mbk_6.pdf.

Rawls, J. (1988): Eine Theorie der Gerechtigkeit, 4. Aufl., Frankfurt.

Reichwald, R. (1982): Neue Systeme der Bürotechnik – Beiträge zur Büroarbeitsgestaltung aus Anwendersicht, Berlin.

Remmele, B. (2012): Macht ökonomische Bildung die Marktwirtschaft sozialer? in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, erscheint demnächst.

Rogers, E.M. (2003): Diffusion of Innovations, 5. Aufl., New York u.a.O.

Sauerland, D. (1997): Föderalismus zwischen Freiheit und Effizienz, Berlin.

Sauerland, D. (2004): Die Gesetzliche Krankenversicherung in der Sozialen Marktwirtschaft: eine ordnungspolitische Analyse, in: ORDO 55, S. 209–233.

Schrenker, M./*Wegener*, B. (2007): Was ist gerecht? Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice Project 1991-2007, ISJP Technical Report 150, Berlin,
Abruf am 16.05.2012 unter http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/empisoz/forschung/isjp/publication/ISJP_WP_150/.

Schumpeter, J.A. (2008): Capitalism, Socialism and Democracy, New York.

Seeber, G. (2008): Zum Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsurteilen über die Marktwirtschaft und ökonomischer Kompetenz, in *Loerwald*, D./*Wiesweg*, M./*Zoerner*, A. (Hg.), Ökonomik und Gesellschaft. Festschrift für Gerd-Jan Krol, Wiesbaden, S. 143–154.

Sinn, H.-W. (1986): Risiko als Produktionsfaktor, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 201, S. 557–571.

Vanberg, V. (2005): Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der "sozialen Gerechtigkeit", Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik Nr. 05/11, Freiburg i.Br.,
Abruf am 16.05.2012 unter http://www.wipo.uni-freiburg.de/dateien/folder.2005-09-22.7023880203/folder.2005-09-22.7371202696/05_11bw.pdf.

von Weizsäcker, C. (1998): Das Gerechtigkeitsproblem in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 47(3), S. 257–288.

von Weizsäcker, C. (2011): Arbeitsmotivation und soziale Gerechtigkeit: Zur Benabou-Tirole-Theorie, in: *Genser*, B./*Ramser*, H.J./*Stadler*, M. (Hg.), Umverteilung und soziale Gerechtigkeit, Tübingen, S. 199–210.

Wegener, B./Liebig, St. (2010): Gerechtigkeitsvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Wandel: Sozialisation, Interessen, Lebenslauf, in: *Krause*, P./*Ostner*, I. (Hg.), Leben in Ost- und Westdeutschland – Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, Frankfurt, S. 83–102.

WissBeirat – Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009): Akzeptanz der Marktwirtschaft: Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates, Berlin,
Abruf am 16.05.2012 unter http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-akzeptanz-der-marktwirtschaft,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf.

Würth, R./*Klein*, H.J. (2001): Wirtschaftswissen Jugendlicher in Baden-Württemberg, Künzelsau.

Anhang: Verwendete Daten

	Affektive Einstellungsakzeptanz						Handlungsakzeptanz										Empfundene Gerechtigkeit			Leistungsfähigkeit
	gute Meinung - D	keine gute Meinung - D	gute Meinung - West	keine gute Meinung - West	gute Meinung - Ost	keine gute Meinung - Ost	FDP Umfrage - D	LINKE Umfrage - D	FDP - D	LINKE - D	FDP - West	LINKE - West	FDP - Ost	LINKE - Ost	Abwanderung	Schattenwirtschaft Mrd. €	Schattenwirtschaft Anteil am BIP	ungerecht - D	ungerecht - Ost	ungerecht - West	Δ BIP real
1990					77%	5%			9,4%	2,4%	8,7%	0,2%	12,3%	11,4%		147,9	12,20%				
1991							9,5%	1,6%							596.455						5,11%
1992							7,9%	1,8%							720.127						1,91%
1993							6,8%	2,0%							815.312						-1,00%
1994	52%	23%	57%	20%	38%	33%	5,6%	3,5%	5,1%	4,3%	5,6%	0,7%	3,2%	20,2%	767.555						2,47%
1995							4,5%	4,0%							698.113	241,10	13,90%				1,68%
1996	37%	28%					5,0%	4,0%							677.494	257,60	14,50%				0,79%
1997	47%						5,5%	4,0%							746.969	274,70	15,00%				1,74%
1998	43%	31%	48%	27%	28%	42%	5,1%	4,0%	4,6%	5,0%	5,1%	1,0%	3,1%	22,0%	755.358	280,70	14,80%				1,86%
1999							4,6%	4,8%							672.048	301,80	15,50%				1,87%
2000	55%	14%					6,3%	5,2%							674.038	322,30	16,00%				3,06%
2001	42%	23%	49%	19%	21%	34%	7,2%	5,2%							606.494	329,80	16,00%				1,51%
2002							7,9%	4,8%	6,6%	4,2%	6,7%	1,1%	6,2%	18,1%	623.255	350,40	16,60%				0,01%
2003							5,7%	3,9%							626.330	370,00	17,10%				-0,38%
2004	25%	47%	28%	44%	18%	57%	6,1%	4,9%							697.632	356,10	16,10%				1,16%
2005	32%						7,4%	7,3%	7,3%	8,4%	7,4%	4,5%	6,6%	25,4%	628.399	346,20	15,40%	29%	46%	25%	0,68%
2006	28%	43%	32%	40%	18%	53%	9,7%	7,8%							639.064	345,50	15,00%				3,70%
2007							8,4%	9,0%							636.854	349,00	14,70%	38%	53%	35%	3,27%
2008	31%	38%					9,2%	10,7%							737.889	346,80	14,20%				1,08%
2009	39%	32%	43%	28%	27%	42%	13,5%	10,2%	12,0%	11,5%	12,6%	7,8%	9,4%	28,8%	733.796	351,80	14,60%	31%	45%	28%	-5,13%
2010	38%	28%					6,7%	9,9%							670.605	347,60	13,90%				3,69%
2011							4,3%	7,1%								344,00	13,50%				3,00%
2012	43%	27%	49%	21%	26%	44%	3,0%	7,0%								343,00	13,40%				

Markiert sind jeweils die Maxima und Minima.

Bisher erschienene Discussion Papers
(http://www.uni-wh.de/wirtschaft/forschung-wirtschaftsfakultaet/discussion-papers/)

Dirk Sauerland: Zur Beziehung von Akzeptanz, Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, Nr. 23/2012

Jann Boeddeling: Corporate Social responsibility: a Perspective from Weberian Economic Sociology, Nr. 22/2012

Birger P. Priddat: Tausch-Kredit, Metallgeld und Produktionswerte. Über eine aristotelische Begründung englischer Ökonomie 1826/27: Nassau Senior, Nr. 21/2012

Patrick Bremer und Ansgar Wübker: Soziale Ungleichheit und Inanspruchnahme medizinischer und präventiver Leistungen in Deutschland: eine empirische Analyse, Nr. 20/2012

Lucas Buchholz: “Fire sales – what can be done about them?” On systemic risks in financial markets, Nr. 19/2012

Birger P. Priddat: Rationality, hermeneutics, and communicational processes. On L. Lachmann's approach of hermeneutical economics, Nr. 18/2012

Jann Boeddeling: Corporate Social Responsibility: Fundamentalstellung für Kapitalismus und Wirtschaftssoziologie?, Nr. 17/2011

Julia Koehn: From Tools to Theories: The Emergence of Modern Financial Economics, Nr. 16/2011

Ansgar Wübker: Who gets a Mammogram amongst European women aged 50-69 years and why are there such large differences across European countries?, Nr. 15/2011

Peter Seele: "If your letter was in German, I would not understand abit, and would have ignored that." Preliminary Findings from a Survey of Highly Skilled Migrants from India and China with workling/education experience in an German speaking Country, Nr. 14/2011

André Schmidt: Fiskalische Stabilität in einer Währungsunion, Nr. 13/2011

Jonas Pila: The Social Network’s Influences On Individual Performance, Nr. 12/2011

Birger P. Priddat und Alihan Kabalak: Transaktionen anstelle von Tauschakten. Einleitung in eine Revision ökonomischer Theorie, Nr. 11/2011

Birger P. Priddat: Mutual and self-enforcing agreements. Neue Anmerkungen zur Vertragstheorie der Ökonomie, Nr. 10/2011

Annika Böddeling und Benjamin Witte: An investigation into the causal relation between institutions and economic development, Nr. 9/2011

Alihan Kabalak: Kooperativität vs. Rationalität, Nr. 8/2011

Birger P. Priddat: Märkte, Verträge, Netzwerke: Kompossibilität. Über die Diffusion von Rationalität im Transaktionsfeld, Nr. 7/2010

Philipp Heinicke: The Evolution of the Capability Approach or Sen's Quest for an Informational Base, Nr. 6/2010

Terese Koloma Beck: Is There A Market For Humanitarian Crisis Interventions? International Regimes For The Prevention or Ending of Genocide Seen From an Institutionalist Perspective, Nr. 5/2010

Dirk Sauerland und Ansgar Wübker: Die Entwicklung der Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung bis 2050- bleibende Herausforderung für die deutsche Gesundheitspolitik, Nr. 4/2010

André Schmidt: Die Wirtschafts- und Finanzkrise aus neoliberaler Sicht und die Lehren für die Marktwirtschaft, Nr. 3/2010

Birger P. Priddat: Zur politischen Ökonomie des wirtschaftlichen Einflusses auf den Staat: vom lobbying bis zur Korruption, Nr. 2/2010

Birger P. Priddat: Das Dritte in der Ökonomie, Transaktion als multipler triadischer kommunikativer Prozess, Nr. 1/2010